

Der Steinarbeiter

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Für berufliche, wirtschaftliche und soziale Interessen der jugendlichen und erwachsenen männlichen und weiblichen Fach- und Hilfsarbeiter in der Steinindustrie und im Steinstraßenbau

Erscheint wöchentlich. Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich 2,50 Mk. Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in die Reichspostliste unter Nummer 1628. Kreuzbandsendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt

Schriftleitung und Verbandsstelle: Leipzig
Zeiger Straße 30, IV., Ausgang B und C. Auf 33819

Anzeigengebühr: Die doppeltgespaltene Kleinzeile 1 Mk. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühreneinsendung auf Postcheckkonto Leipzig 56383. Kassierer: E. Geiß, Leipzig C 1, Zeiger Straße 30, IV. (Volkshaus) Rabatt wird nicht gewährt. Blattschluß ist Sonnabends um 10 Uhr

Sonnabend, den 23. Mai 1931

35. Jahrgang

Nummer 21

Die Resolutionsfabrik

Leider fehlt in der deutschen Gewerbestatistik die Rubrik der Resolutionsfabriken. Ihre Zahl ist wahrlich nicht gering, und wenn es irgendwo eine Ueberschneidung gibt, dann auf dem Gebiete des Vereinswesens. Was sollen diese vielen Gebilde auch schließlich weiter tun, als Resolutionen verfassen, damit die unachtsame Menschheit nicht die Existenz dieses oder jenes Klubs vergißt. Immerhin, wir sind tolerant, und solange von über-eifrigen Vereinsvorständen Entschlüsse verbrochen werden, deren Inhalt oder seine Verwirklichung niemand nützt und schadet, gehen wir darüber stillschweigend zur Tagesordnung über. Die Sache wird erst anders, wenn die Erzeugnisse solcher Resolutionsfabriken in einer derartigen Fülle auf den Markt geworfen werden, daß ihre Masse geeignet erscheint, die Gehirne zu vernebeln. Nichts sich dann noch die Resolutionsfabrikate gegen die Resolutionsfabrikanten zu erheben, sondern sie werden als die besten Mittel zur Bekämpfung der Gewerkschaften angesehen.

Die Resolutionsfabrikanten sind die Herren Unternehmern, die in der deutschen Wirtschaft die Rolle spielen, die in der amerikanischen Wirtschaft die Rolle spielen, die in der russischen Wirtschaft die Rolle spielen. Sie sind die Herren Unternehmern, die in der deutschen Wirtschaft die Rolle spielen, die in der amerikanischen Wirtschaft die Rolle spielen, die in der russischen Wirtschaft die Rolle spielen. Sie sind die Herren Unternehmern, die in der deutschen Wirtschaft die Rolle spielen, die in der amerikanischen Wirtschaft die Rolle spielen, die in der russischen Wirtschaft die Rolle spielen.

Bisher hat man das leider verfehlt, aber angesichts der furchtbaren Wirtschaftskrise, die zur Zeit den Erdball erschüttert, sollte man auch das Hansabund-Rezept zu ihrer Beseitigung einmal beachten. Es liegt frisch gebadet vor uns. Der Hansabund hat nicht etwa wie jeder gewöhnliche Verein einen Vorstand, sondern ein Präsidium. Und besagtes Präsidium, in dem namhafte Leute aus der Wirtschaft, der Politik und Wissenschaft vertreten sein sollen, verkündete dieser Tage der unter der Krise leidenden Menschheit ihr Evangelium. Die „Frankfurter Zeitung“ veröffentlichte es unter der Ueberschrift „Für freiere Wirtschaft“. Also nicht für die ganz freie Wirtschaft wird votiert, sondern nur dafür, daß diese ein wenig freier sein soll, als sie heute ist. Und dann erfahren wir, immer nach der „Frankfurter Zeitung“: „Es gelte, den Tatbestand klarzulegen, daß die kollektivistisch orientierte Wirtschaftsgesetzgebung, die Fesselung der freien Marktwirtschaft, die Ursache der heutigen Not sei, daß der Sozialismus verlagert habe, und allein in der Privatwirtschaft die nötigen sozialen und kulturellen Aufbaufaktoren liegen.“ Endlich ist einmal der wahre Krisengrund entdeckt. Er liegt in der kollektivistisch orientierten Wirtschaftsgesetzgebung, die die Hansabund-Resolutionäre mit Sozialismus gleichsetzen. In England und Amerika, also zwei Staaten, die von der Wirtschaftskrise ebenfalls sehr stark mitgenommen sind, denn beide Länder haben im Verhältnis zu ihrer Einwohnerzahl noch mehr Arbeitslose als wir, muß demnach der Sozialismus noch viel weiter fortgeschritten sein als bei uns. Das ist doch die logische Schlussfolgerung aus dieser hansabundlerischen Erkenntnis. Aber wir wollen diesen Unsinn gern einmal als wahr annehmen und den Hansabund bitten, dort mit den kollektivistischen Tendenzen aufzuräumen, wo er Einfluß hat. Das ist das „freie“ Unternehmertum. Es hat die Freiheit des einzelnen geopfert und läßt sich die Preise von einem Kollektivum festsetzen. Ein anderes Kollektivgebilde wieder schreibt den „freien“ Unternehmern vor, wieviel sie produzieren dürfen, indem es ihnen bestimmte Quoten zuweist, und endlich hat ihnen dasselbe Kollektivum auch die Freiheit der Kundenwahl genommen. Es verkauft alle Produkte auf Rechnung des freien Unternehmers und verbietet ihm bei hohen Konventionalsätzen das selber zu tun. Diese beiden Kollektiva heißen Kartell und Syndikat. Die Kartellstelle des kollektivistischen Reichsverbandes der deutschen Industrie hat einmal die Zahl der vorhandenen Kartelle und Syndikate auf über 3000 angegeben. Hansabund, ran an den Feind! Stürze die Mauer, hinter der er sich verchanzt! Die Mauer, die diese Gebilde schützt, ist unser im Bürgerlichen Gesetzbuch verankertes Vertragsrecht.

Aber nein, die Herren vom Hansabund scheinen mit dem Kollektivismus etwas anderes zu meinen. Sie fordern nämlich weiter, daß

„durch umfassenden Abbau der öffentlichen Ausgaben, strengste Sparsamkeit sowie Auflockerung der die Erstarrung des Wirtschaftskörpers verursachenden Wirtschaftsgesetze die Gekerkelten gemindert und die aufbauenden Wirtschaftskräfte zu freier Entwicklung zurückgeführt werden müssen“.

Mit dem umfassenden Abbau der öffentlichen Ausgaben und der Forderung nach strengster Sparsamkeit sind wir selbstverständlich einverstanden, denn wir wissen ja genau, daß der Hansabund, der auf allen seinen Festsitzungen das deutsche Kulturniveau feiert, nicht etwa an einem Abbau der Ausgaben für die Volksbildung denkt. Nein, er meint damit sicherlich die dem Charakter der freien wirtschaftlichen Persönlichkeit ins Gesicht schlagende Subventionswirtschaft und schließlich auch den Wehretat. Und daran denken wir auch immer, wenn von öffentlicher Sparsamkeit geredet und geschrieben wird. Im übrigen soll der Abbau der kollektivistischen Wirtschaftsgesetzgebung eine Senkung der Selbstkosten bringen. Schämten sich denn die Herren des Hansabundes zu sagen, was sie damit meinen? Es würde ihnen doch nur zur Ehre gereichen, wenn sie das, was sie wollen, leicht verständlich fassen und

in die Worte kleiden würden: Beseitigt die Tarifverträge und ihre reichsgesetzlich garantierte Unabdingbarkeit! Das versteht man doch wenigstens ohne allzu lange Nachdenken und Raten. Die Wirtschaftsgesetzgebung soll nämlich nur den Zweck haben, durch Zölle Subventionen und den Schutz der Kartellverträge, den Unternehmern zu sichern. Sobald sie auch dem Schutze des Arbeitslohnes dient, dann zum Teufel mit ihr. So will es der Hansabund!

Im übrigen haben wir dieses saubere Gremium auch bezüglich des Abbaues der öffentlichen Ausgaben und der Sparsamkeit der öffentlichen Körperschaften mißverstanden. Die Hansabundler haben nicht an die Subventionen und den Wehretat gedacht, sondern sie sagen:

„Nur noch sehr radikale Einschnitte in den Kreis der öffentlichen Ausgaben und den bisherigen Umfang der Arbeitslosenversicherung würden helfen können, nachdem man allzulange verärgert habe, die öffentlichen Leistungen mit dem Gesamt-ertrag der Wirtschaft in Einklang zu bringen.“

Also bei der Arbeitslosenversicherung soll mit einem umfassenden Abbau begonnen werden. Die Millionen Arbeitslosen werden davon mit Erbitterung Kenntnis nehmen.

Zum Schluß sei dem Präsidium des Hansabundes gesagt, daß sein Syndikus ein fauler Kopf ist. Er hat keinen einzigen neuen Gedanken entwickelt, sondern seine Arbeitgeber, altbekannte Forderungen der Reaktion annehmen lassen. Diese sollten ihn dafür wegen Gedankenarmut entlassen. Aber das tun sie nicht, denn es fällt ihnen gar nicht auf.

Aus der Steinindustrie in der Oberpfalz

Der Steinmetz Ludwig Schwägerl in Flossenbürg, ein recht rühriges Verbandsmitglied, hat in einem bayrischen Arbeiterblatt nachstehende Schilderung gebracht, die verdient, weiteren Kollegenkreisen bekannt zu werden:

Etwa 20 Kilometer von der Stadt Weiden in der Oberpfalz, dicht an der tschechischen Grenze, liegt das Industriedörfchen Flossenbürg. Hübsch eingeschlossen von zwei Bergen, dem Schloßberg und dem Plattenberg. Beide Berge sind reich an Granit, besonders der erstere, der noch dazu auf seinem Gipfel eine Burg ruine trägt. Schon vor etwa 60 Jahren suchten einige Arbeiter an diesem Berg durch die Gewinnung von Granit und dessen Bearbeitung eine Existenzmöglichkeit. Allerdings war es noch unbedeutend für die Gesamtgemeinde, da Aufträge, die ein größeres Unternehmen ermöglicht hätten, noch fehlten. Ziemlich rasch aber entwickelte sich die Industrie, und nach ungefähr 10 Jahren konnte man feststellen, daß die Haupteinnahmen der Ortsgemeinden und ihrer Bevölkerung aus den Steinbrüchen in Form von Bruchstein und Löhnen erzielt wurden. Als nennenswerter Arbeitgeber in der damaligen Zeit ist Herr Wilhelm Jakob von Flossenbürg zu nennen. Trotzdem die aufblühende Industrie in den Arbeiterkreisen damals freudig begrüßt wurde, muß man heute feststellen, daß seinerzeit jeder Arbeiter dieser Industrie sehr vieles auf sich nehmen mußte und nicht auf Rosen gebettet war (wenn es auch heute des öfteren heißt, wie gut und schön es früher war).

Wie sah es aber damals eigentlich in der Steinindustrie Flossenbürg aus? Wenn man von „Recht“ spricht, kann man sich darunter allerhand vorstellen, aber für die Steinarbeiter gab es damals so viel wie gar kein Recht! Demgegenüber hatte er aber sehr viele Pflichten. Zum Beispiel mußte jeder Steinarbeiter sein Werkzeug selbst anfertigen, seine Werkstätte selbst erbauen und den Schmelzofen selbst betreiben, was meistens nachts geschah in einer kleinen zur Schmiede zurecht gerichteten Bretterbude oder zu Hause in den altdeutschen Kaminen (Küchen genannt), wo eine Petroleum-funkel als Lichtpendler diente. Eine Arbeitsordnung kannte man auch nicht; die Arbeitszeit bestimmte die Sonne mit ihrem Auf- und Untergang. Hübsch sah es aus, wenn ein Steinmetzkollege einmal an einen anderen Wertplatz wollte; größtenteils nahm er einen Schiebkarren zu Hilfe, damit der Transport sich etwas leichter gestaltete, denn es mußten alle „sieben Zwetschgen“ mitgenommen werden, um auf dem anderen Platz wieder anfangen zu können. So ein Umzug ähnelte einer Zigeunerwanderung. Um die Jahre 1900 setzte durch die freigewerkschaftliche Organisation eine bedeutende Hilfe ein. Es wurden Tarife abgeschlossen, und in jeder Art gab es Verbesserungen; auch die Betriebe dehnten sich immer mehr und mehr aus.

Dann kam der große Sprung bis zum Kriegsende 1918. Die Steinindustrie in Flossenbürg lebte alsbald wieder auf, und mit dem Abschluß eines Landestarifs kamen uns Arbeitern noch einige Vorteile zugute. Auch unsere Ortsgemeinde nahm hübsche Summen Geld als Bruchstein für den verpackten Schloßberg ein. Die Inflation brachte auch hierher ihre Nachteile, aber hernach setzte wieder gute Konjunktur ein, und wir Flossenbürger Steinarbeiter waren alle wieder versorgt, — bis zum Jahre 1928.

Da setzte erneut die Krise ein, die uns seither nicht mehr verlassen hat. Dazu kam das Ausbreiten einer Schmutzkonzurrenz, die sich für Arbeiter und Gemeinde als hauptsächlichster Steinbruchbesitzer gleich ungünstig auswirkte. Es kam dazu, daß kleine Unternehmer, sogenannte „Steinfabrikanten“, bald jeden Feldstein, den sie durch unterbezahlte Arbeiter ausgraben ließen, als „Schloßbergmaterial“ anboten und verkauften und so den Ruf dieses besten Granits schwer schädigten. Gewiß läßt sich nichts dagegen einwenden, wenn auch ein privater Steinbruchbesitzer seine Ware los-schlagen will, aber es sollen dann wenigstens nur anständige Geschäfte gemacht werden.

Nun steht Flossenbürg vor der wichtigen Entscheidung, ob die Gemeinde den Steinbruch wieder verpachten oder in eigener Regie weiterführen soll, da die bisherigen Pachtverhältnisse am 1. Juni 1931 ablaufen. Die Sache zu beraten, liegt in den Händen eines 12 Mann starken Ausschusses. Nach einigen Sitzungen einigte man sich auf die Weiterführung der Betriebe in eigener Regie; die Herren Krapf und Stahl wurden daher zu Geschäftsführern berufen. Gewiß bedeutet dieser Beschluß eine große Be-

Kampf den rechtsradikalen Zellenbauern

Die Hitlerpartei ist von einflussreichen kapitalkräftigen Kreisen dazu ausersehen, die deutsche Arbeiterbewegung zu zerlegen. Was den mit Unternehmern gegründeten gelben Verbänden nicht gelungen ist und auch Bismarck nicht vollbracht hat, das soll Hitler jetzt ausführen. Die Partei Hitlers segelt unter dem Firmennamen „Arbeiterpartei“, in Wirklichkeit ist sie eine Partei des wildgewordenen unreifen Spießertums. Sie hat die mißmutigen, unzufriedenen Elemente aus dem bürgerlichen Lager aufgelogen, aber es ist ihr bisher nicht gelungen, in der Arbeiterpartei festen Fuß zu fassen. Ihre Mission, die ihr von den Unternehmern zugewiesen ist und weshalb sie finanzielle Zuwendungen bekommt, die Gewerkschaften zu zerschlagen, hat die Hitlerpartei wegen der berechtigten mißtrauischen Ablehnung der Arbeiter bis jetzt nicht einmal in Angriff nehmen können. Das hat bei den kapitalistischen Geldgebern verschrippt, die ihre bedeutenden Summen nicht umsonst gegeben haben wollen. Sie verlangen Gegenleistungen, sie drängen auf Erfolge. Diese Gründe sind bestimmend für die seit Ende 1929 von den Nationalsozialisten betriebenen Gründungen von Betriebs- und Berufszellen.

Aufgabe und Ziel dieser Zellen ist die Zerlegung der freien Gewerkschaften. Sie sollen die Gewerkschaften aushöhlen. Mit Geschrei über „marxistische Mißwirtschaft“ und „Bonzentum“ sollen die Mitglieder der Gewerkschaften mißmutig gemacht und die unorganisierten Arbeiter vom Beitritt abgehalten werden. Gleichzeitig verpflichtet man den Arbeitern die Gründung neuer faschistischer Gewerkschaften mit niedrigen Beiträgen. Diese Gewerkschaften werden aber niemals im hitlerischen Staat geduldet werden, sie sind nur Mittel, die Arbeiter einzufangen, sie loszulösen von den freien Gewerkschaften. Sind die freien Gewerkschaften, die die Führerschaft der Nationalsozialisten wegen ihrer Geschlossenheit und straffen Organisation am meisten fürchtet, geschwächt, dann soll der letzte Rest zerschlagen werden. Die Arbeiter sind dann den Unternehmern ausgeliefert. Die Kommunisten leisten mit ihrer Zerlegungsarbeit unfreiwillige Helfersdienste.

Die wachsende Unzufriedenheit der Geldgeber mit der Hitlerpartei ist nach der Reichstagswahl 1930 sehr deutlich zum Ausdruck gekommen. Sie waren enttäuscht, als sich bei der Berechnung des Stimmverhältnisses ergab, daß Hitler in das marxistische Lager nicht eingedrungen sei. Die Millionen der Freigewerkschafter hatten nur ein mißliebiges Lächeln für die Anbiederung der Kapitalisten übrig gelassen. Auch die christlichen Gewerkschaften haben Hitler die kalte Schulter gezeigt. Dafür aber hat Hitler, entgegen den Wünschen seiner Geldgeber, den bürgerlichen Parteien die Nach- und Mittläufer weggeschnappt. Das war alles andere, nur nicht das, was die Geldgeber haben wollten. Bei den Bürgerlichen soll alles beim alten bleiben, ihnen wünschen die Borst, Kirdorf, Mühschmann usw. keinen Abbruch. Sie sind ja nicht Gegner der kapitalistischen Ausbeutung, sondern Erhalter und Stützen des kapitalistischen Systems. Auch in den bürgerlichen Parteien gibt es heftige Gegner der Gewerkschaften.

So ist der Hitlerpartei einzig und allein die Aufgabe zugebracht, die marxistische Arbeiterbewegung zu zerschlagen. Es soll den Arbeitern der Halt genommen werden, den sie in den Gewerkschaften haben. Stehen die Arbeiter vereinzelt und ohne gewerkschaftliche Stütze da, dann kann man machen, was man will. Die Unternehmer diktieren, und die Arbeiter haben zu gehorchen. Das ist Hitlers „Herrenmenschen“, das ist die „Moral ohne Mittel“. Allein Hitler hat in diesem Falle die Rechnung ohne die Gewerkschaften gemacht. Wäre er jemals Mitglied einer freigewerkschaftlichen Organisation gewesen, er wäre nie auf den Gedanken gekommen, sich an die Gewerkschaften heranzuwagen. Offenbar legen die Führer der Nationalsozialisten die Nörgerei der außerhalb der Gewerkschaften stehenden Arbeiter und Angestellten, denen es keine Organisation recht machen kann, dahin aus, daß diese nur auf die Neugründung einer Gewerkschaft warten, um sofort beizutreten. Darin irren sie sich ganz gewaltig. Ja, die Tatsachen beweisen, daß diese nörgelnden Nachläufer in Zeiten der Gefahr die besten Mitarbeiter für die Erhaltung der Gewerkschaften sind; weil sie wissen, was kommt, wenn dieser Schutzwall niedergerissen ist. Es sind schon öfter Gewerkschaften mit Unternehmern aufgelogen worden, erreicht haben sie ebensowenig, wie Hitler er-

lastung für die Gemeinde, um so mehr als auch andere wichtige Projekte, wie der Wasserleitungsbau, verwirklicht werden sollen. Aber die Beauftragten werden mit aller Energie ans Werk gehen, um die Krise zu überwinden, und finden dabei hoffentlich die Unterstützung jedes vernünftigen Gemeindebürgers. Vertrauen zu denen, die die Geschäfte führen sollen, ist die erste Bedingung. Gewiß kann nicht jeder Ober sein, und man kann auch davon keine zwanzig auf einmal brauchen, aber als Mitarbeiter an diesem Gemeindegewerk ist jeder einzelne willkommen. Flossenbürg besitzt in seinem Schloßberg die besten und ergiebigsten Granitbrüche Bayerns, so daß das Unternehmen jede Nachfrage befriedigen kann. Die Gemeinde Flossenbürg kann alles und in jeder Form liefern. Mindestens 1 Million Kubikmeter Steine liegen zur Gewinnung schon frei. Wenn nun die übrigen privaten Arbeitgeber sich mit dem Unternehmen der Gemeinde noch verstehen könnten, dann wäre der Aufwärtsentwicklung der einheimischen Steinindustrie, an der die Existenz so vieler Arbeiter hängt, nichts mehr in den Weg gelegt. Die Schmutzkonzurrenz würde von selbst erstickt und die anständige Industrie blühen und gedeihen. — Wer das Granitvorkommen in Flossenbürg aus eigener Anschauung kennt, seine Mächtigkeit und die eigenartige Plattenbildung, dabei fast kein Abraum, der wird zugeben müssen, daß hier jeder Bedarf schnellstens befriedigt werden kann. Die gegenwärtige traurige Zeit für die Natursteinindustrie bleibt kein Dauerzustand. Bei richtiger Leitung und Umsicht, und mit der nötigen Energie hat der schon längst angebrachte Regiebetrieb der Gemeinde Flossenbürg sicherlich eine Zukunft. Er wird auch aufräumen können mit den in Floss und Flossenbürg seit längerem herrschenden ungelunden geschäftlichen Zuständen in der Granitindustrie, worunter nicht nur unsere Kollegen in der Oberpfalz zu leiden haben.

schon wird. Die Arbeiter haben in solchen Dingen eine feine Nase und merken bald, ob die Sache sauber ist oder nicht.

Der „Wirtschaftliche Beobachter“ hebt zeitweilig mit großsprecherischer Redeweise die Fortschritt der nationalsozialistischen Gewerkschaftsarbeit hervor. Es soll nach außen der Anschein erweckt werden, als wenn in den Betrieben alles toll nach Hitler geworden ist. Wieviel Nachläufer in Wirklichkeit Hitler in den Betrieben hat, darüber können die Führer der Nationalsozialistischen Erfindungen bei ihren Geldgebern einziehen. Die Geldgeber wären nicht so unzufrieden, wenn Hitler bei den Arbeitern mehr Erfolg haben würde. Ein großer Teil der Mitläufer wird übrigens zum Nachlaufen gezwungen, besonders auf den Gütern der ostelbischen Junker. Damit ist die Hitlerbewegung für die Arbeiter erledigt. Jeder Arbeiter sagt sich, daß eine solche Partei nicht die richtige ist. Wenn der Unternehmer sie fördert, muß die Sache einen Haken haben. Noch mehr Mißtrauen ist berechtigt gegenüber Gewerkschaften, die von den Unternehmern gefördert werden. Jede Gewerkschaft muß doch schließlich sich ein klein wenig um die Interessen der Arbeiter kümmern; kann das aber eine Gewerkschaft, die von den Unternehmern aus der Taufe gehoben worden ist? Na, sind etwa die Unternehmer an solchen Gewerkschaftsgründungen interessiert, von denen sie bekämpft werden? So dumm ist das deutsche Unternehmertum nicht. Man kommt so zu dem Ergebnis, daß die Hitlerische Zellenbauerei nichts weiter ist als ein Schlag gegen die Arbeiter. Mit dieser Zellenbauerei ist der erste Versuch gemacht worden, die um die Verbesserung ihrer Lebenshaltung schwermütigende Arbeiterchaft in die Sklaverei zurückzuwerfen.

Die deutschen Gewerkschaften sind das Produkt der wirtschaftlichen Entwicklung. Sie wären niemals die große Bewegung geworden, wenn nicht das kapitalistische Ausbeutensystem ihren Bestand zu einer ehernen Notwendigkeit gemacht hätte. Das kapitalistische Profitsystem hat sie erzeugt, und sie werden nicht heute und auch nicht morgen überwunden werden. Daran wird ein Hitler und auch das Unternehmertum nichts ändern. Jede Bewegung erzeugt Gegenbewegung, und so war es nur eine aus der wirtschaftlichen Entwicklung heraus geborene Zwangsläufigkeit, daß die Gewerkschaften entstanden, wuchsen und größer wurden. Es ist gerade der besondere Vorzug der marxistischen Lehre, daß sie die Gewerkschaftsbewegung als Produkt der wirtschaftlichen Entwicklung erklärt. Der schamlose, rücksichtslose, oft unmenlichen Ausbeutung durch den Kapitalismus im vorigen Jahrhundert stellen sich plötzlich die Gewerkschaften entgegen. Die Idee war geprägt, und sie entstanden ganz von selbst. Arbeiter kamen zusammen, sprachen miteinander, und siehe, sie hatten alle ein Leid. Man erkannte, daß nur der Zusammenstoß der Arbeiter die Macht verleihe, das furchtbare Ausbeutensystem zu brechen. Und die Arbeiter bauten und bauten, legten Stein auf Stein, bis aus der kleinen Berufsgewerkschaft die mächtige Bewegung wurde, die zwar nicht alle Wünsche der Arbeiter erfüllen kann, aber der Ausbeutung doch Schranken gesetzt hat. Das paßte den Unternehmern nicht, daher verließen sie durch Gründungen von Wohltätigkeitsvereinen die Arbeiter an sich zu ziehen. Die Arbeiter sahen den Betrug und winkten ab. Die Unternehmer gingen auf die Suche nach solchen Arbeitern, denen der Schuh ganz besonders hart drückte und überredeten diese zur Gründung von „Gewerkschaften“. Die Arbeiter horchten auf, durchblickten den Schwindel und gingen weiter. Dann kam Hitler, sprach von „Sozialismus“, und die Unternehmer haben den neuen Helfer und sprangen kräftig ein. Doch ihr Geld wird vertan, und der Erfolg bleibt aus. Der neue Helfer versagt. Anzufriedenheit im Lager der Geldgeber, Drängen nach unten, doch es geht nicht vorwärts.

Jeder Kenner der deutschen Arbeiterbewegung weiß, daß Hitler mit seinen Betriebs- und Berufsstellen keinen Erfolg hat. Trotzdem wäre es verfehlt, die Bühlerlei stillschweigend zu dulden. Die Arbeiterchaft neigt sehr leicht dazu, weil sie solche Ministerarbeit nicht fürchtet, dennoch hemmt sie den Aufstieg der Bewegung, die die Unternehmer sehen Hoffnungen darauf und werden angriffslustig. Ihr rücksichtsloses Vorgehen 1930/31 gegen die Löhne ist zum erheblichen Teil darauf zurückzuführen. Deshalb muß den nationalsozialistischen Zellenbauern das Handwerk gelegt werden. Die Gewerkschaften sind kein Tummelplatz für beschäftigungslose Militärs. Das muß laut und deutlich gesagt werden.

Die internationale Bauausstellung in Berlin

Die Gewerkschaften und deren Wirtschaftsbetriebe als Aussteller.

Auf dem Berliner Ausstellungsgelände ist eine Bauausstellung aufgebaut, die wohl zu den größten internationalen Veranstaltungen dieser Art gehört. Eine Riesenschau auf einer Gesamtstellungsfläche von 130 000 Quadratmetern. Die Länge der Ausstellungsmeße beträgt nicht weniger als 12 Kilometer, die Zahl der Ausstellungsgebäude 70. Neben Deutschland sind auf der Ausstellung durch charakteristisches Material über Städtebau und Wohnungswesen u. a. folgende Länder vertreten: Australien, Chile, Dänemark, England, Estland, Finnland, Italien, Jugoslawien, Österreich, Palästina, Polen, Schweiz, Spanien, Tschechoslowakei, Ungarn, Vereinigte Staaten von Nordamerika. Ferner haben einzelne Großstädte wie Wien, Paris, Stockholm, Riga, Bukarest, und Delhi (Indien) Sonderausstellungen veranstaltet. In riesigen Schauobjekten wird die Entwicklung des Städtebaues und die voraussichtliche Gestaltung in der Zukunft zu zeigen versucht. Weiter werden die wirtschaftspolitischen Grundlagen des Städtebaues, die Ursachen der Stadtbildungen und Umbildungen

Totengräber der Gesellschaft

Zu Ibsens 25. Todestag.

Die alte bürgerliche Gesellschaft hat — wie Karl Marx das in genialer Weise als charakteristisch für alle gesellschaftliche Entwicklung feststellte, — die Keime zu ihrer Zerstörung bereits in ihrem eigenen Schoße entwickelt. Bedingt durch die Eigenart des kapitalistischen Produktionsprozesses schuf die bürgerliche Gesellschaft ihren ökonomischen Gegensatz: das Proletariat. Sie entwickelte in ihrem Schoße aber auch jene revolutionären Keime, die das Zerstörungswort an dem ideellen Ueberbau der Gesellschaft beginnen sollten. Sie erzeugte jene Kräfte, die die tief eingewurzeltten Begriffe und Anschauungen in Wissenschaft, Religion, Kunst und Sittlichkeit zertrümmerten und ihre wahre Rolle aufdeckten: den Firnis abzugeben für die ökonomischen Verhältnisse in der Gesellschaft und ihr die Beweismittel für den ewigen Bestand und die Unabänderlichkeit des gegenwärtigen Rechtszustandes zu verleihen.

Bei der Differenziertheit des modernen Geisteslebens ist es begreiflich, daß die Zertrümmerung des ideologischen Ueberbaues der Gesellschaft nicht das Werk eines Menschen, das Werk einer Menschengeneration sein konnte. Die Arbeit vieler Geister hat hier als Sprengstoff gewirkt und wirkt noch tagtäglich auf diese Weise. Viele dieser Denker und Dichter sind oft ihrer gesellschaftlichen Bedeutung ganz und gar unbewußt geblieben. Die Weltgeschichte verzeichnet öfter solche paradoxe Zufälle, daß sie Werke von Menschen revolutionärer Wirkungen verleiht, die ihrer gesamten geistigen Haltung nach eher als eine Uebersteigerung des alten untergehenden gesellschaftlichen Prinzips aufgefaßt werden können.

Mit Ausnahmen gilt das auch für die großen literarischen Revolutionäre des 19. Jahrhunderts, deren Werk für die Weltliteratur von epochenmachender Bedeutung war. Vier Namen pflegen hier im Zusammenhang genannt zu werden: Dostojewski, Tolstoi, Zola und Ibsen.

Der Norweger Henrik Ibsen, seit dessen Tode am 23. Mai 25 Jahre verfloßen sind, hat der Gesellschaftskritik im modernen Drama den Weg gebahnt. Henrik Ibsen ist am 20. März 1828 in Skien, einer norwegischen Küstenstadt, geboren. Kleinbürgerlicher Herkunft, ist er zunächst für den Apothekerberuf bestimmt. Nach kurzem medizinischen Studium sehen wir jedoch den Bierundzwanzigjährigen bereits als Dramaturgen an einem Theater in

gezeigt. Dem Versorgungs- und Verkehrsproblem der Städte sind mehrere Räume gewidmet. Das künstlerische Problem im Raum, das Wesen der Landesplanung, Bewirtschaftung der Wohnung, Einkommen und Miete, Bodenpolitik und Bodenpreise, Grundrißlösung, Finanzierung des Wohnungsbaues, Beseitigung von Wohn- und Verkehrsmißständen und was dergleichen Probleme noch mehr sind, — alles dies wird in den mannigfaltigsten Formen behandelt und an Schauobjekten gezeigt.

In der Abteilung „Das Bauwerk unserer Zeit“ bringen die Wohnungsfürsorgegesellschaften ihre Wirksamkeit in Modellen und Photomontagen anschaulich zur Geltung. Die Stadt Berlin zeigt an Hand von Modellen und Zeichnungen einen Ueberblick über die bedeutungsvollsten Arbeiten ihrer Bautätigkeit. Der Bund deutscher Architekten zeigt bedeutungsvolle Arbeiten von 150 seiner Mitglieder. In der Abteilung „Die Wohnung unserer Zeit“ vermischen wir ein hieheres Eingehen auf das Wohnungsproblem der arbeitenden Bevölkerung. Aber sonst ist ein großer Ideenreichtum hier zu finden. Die Abteilung „Das neue Bauen“ ist so vielgestaltig, daß man darüber mehrere Abhandlungen bringen könnte. Wir wollen uns mit einigen Stichworten begnügen: Die Verwendung des Holzes als Baustoff, Dachkonstruktionen und Dachbedeckungen, Stein, Glas, Installationen, Heizung, Defen, Schallschutzstoffe usw. Die Verwendungsmöglichkeiten des Stahls als Baustoff werden in mannigfaltiger Form demonstriert. Alles, was nur irgendwie mit der Bautätigkeit und dem Wohnungswesen zusammenhängt, kann der Besucher der Ausstellung in Augenschein nehmen. Das zusammengetragene Material ist geradezu riesenhaft. Auf dem Freigelände sind Wohnungen und Häuserbauten der verschiedensten Art errichtet. Die Abteilung „Der ländliche Siedlungsbau“ umfaßt 22 Dauergebäude, die auch in den nächsten Jahren Ausstellungswecken dienlich gemacht werden sollen. Des ferneren sind zu sehen Wochenendhäuser, Stahlhäuser, Kräne, Bagger, Baummaschinen, Beförderungsmittel usw. Eine Viskitbahn durchfährt das Baugelände. Bemerkenswert sind noch zwei Wohnhäuser, die mit Kupferblech bekleidet sind. Diese beiden Häuser werden von den Besuchern viel beachtet. Es liege sich sehr viel über die Riesenschau auf dem Berliner Ausstellungsgelände sagen, doch wollen wir es mit dem bisher Gesagten Genüge sein lassen.

Nicht vorübergehen dürfen wir an den Ausstellungen der Gewerkschaften und der ihr nahestehenden Organisationen und Wirtschaftsbetriebe. Als Aussteller treten auf der Deutsche Bauwerksbund in Verbindung mit einigen an der Bauwirtschaft besonders interessierten Verbänden und Wirtschaftsbetrieben der Gewerkschaften: Demog (Deutsche Wohnungsfürsorge A.-G. für Beamte, Angestellte und Arbeiter), Verband sozialer Baubetriebe, Arbeiterbund und Hannoverische Bodentreditbank. Vertreter sind ferner der Hutab, Werkmeisterverband und der Keramikbund. Künstlerisch betreut ist die Kollektivschau der Gewerkschaften durch Prof. Gropius. Dem Besucher wird in der Kollektivschau der Gewerkschaften nahebringen versucht, welche planvolle Arbeit die von den Gewerkschaften getragenen Körperschaften zur Erhaltung und Erweiterung des Lebensraumes und der Kultur der werktätigen Bevölkerung beizutragen bemüht sind.

Wir begnügen uns auch hier mit einigen Andeutungen. Der Städtebau und das Wohnungswesen sind eine Angelegenheit für jedermann. Deshalb sollte jeder Arbeiter, Angestellte und Beamte, der irgendwie dazu in der Lage ist, diese Ausstellung besuchen. Sie ist geöffnet bis zum 2. August.

Die englischen Bauarbeitergewerkschaften in der Abwehr

Es ist kein Geheimnis, daß die Lohnabbaumaße so eine Art Begleiterscheinung der Wirtschaftskrise ist, die nacheinander die Kunde durch die Welt macht. So besorgte man auch in England zur Wiederherstellung des Gleichgewichts die notwendigen „Mäßigungen“. Im ersten Viertel dieses Jahres regten sich fast alle Unternehmergruppen und verlangten ihr Teil von der Abbauwirtschaft. Auch im Baugewerbe bekamen die Unternehmer Sehnsucht, fanden jedoch den richtigen Dreh nicht. Schließlich sollte der Lebensstandardinder die Handhabe bieten.

Im Lohnkampf der Eisenbahner siegten die Eisenbahngesellschaften (in England sind die Eisenbahnen im Privatbetrieb). Hier hat das nationale Schiedsgericht einen etwa zehnprozentigen Lohnabbau vorgeschlagen, den die Eisenbahner aller Grade schluden mußten. Der Streik wäre der einzige Ausweg gewesen, wovon die Gewerkschaften in der Periode der Wirtschaftskrise klugerweise absehen. Auch in vielen anderen Industrien wurde der Lohnabbau vorgenommen, was auch im Baugewerbe versucht wurde, jedoch zunächst nicht gelang. Nach schwierigen, sich in die Länge ziehenden Lohnverhandlungen kam es schließlich zu einer Vereinbarung, wonach diese zur Untersuchung aller in Betracht kommenden Momente auf sechs Monate vertagt wurden.

Die Bauarbeitergewerkschaften sind nicht nur die Pioniere gewerkschaftlicher Organisation; sie sind auch gegen Lohnabbau besser geschützt als beispielsweise ihre Kollegen in den Metallarbeitergewerkschaften (wenigstens in England) oder solcher Industrien, die ewig vom internationalen Konkurrenzkampf abhängen, worüber weiter unten noch zu sprechen sein wird.

Die Lohnbewegung begann im September vorigen Jahres, wo die Bauarbeitergewerkschaften unter Führung der Building Trades Federation (Föderation der Bauarbeitergewerkschaften) den nationalen Rahmentarif zu dem Zweck kündigten, Lohn- und Arbeits-

bedingungen mit der modernen kapitalistischen Rationalisierung sowie des technischen Fortschritts in Einklang zu bringen. So spielte die Forderung der vierzigstündigen Woche eine bedeutende Rolle bei den Forderungen der Gewerkschaften, doch machten die Unternehmer dagegen die größten Schwierigkeiten. Sie wollten den aus dem wirtschaftlichen Fortschritt fließenden Mehrwert vollständig in ihre eigenen Taschen stecken. Keinerlei Konzessionen in dieser Hinsicht machen. Im übrigen waren die im nationalen Schiedsgericht aufgestellten neuen Bedingungen nicht reiflos auf Lohnabbau eingestellt. Die neue Städtegruppelkala setzte sogar höhere Löhne für die erste Städtegruppe fest. Der eigentliche Lohnabbau war den sowieso schon schlechter gestellten ungelerten und angelehnten Arbeitern zugedacht. Auch wären die Tiefbauarbeiter empfindlich getroffen worden.

In der letzten gemeinsamen Sitzung der großen Lohnkommission mit den Unternehmern erklärten die Vertreter der Arbeiter sich aufgerstanden, ihren Mitgliedern die im Schiedsgericht vereinbarte Einigung ohne Urabstimmung zu empfehlen. Ohne längeren Zeitverlust sei das nicht möglich. Deshalb verlangten sie Herauschiebung des Kündigungsstermins. Nach längerem Hin und Her waren die Unternehmervertreter zu einem „sechsmonatigen Waffenstillstand“ bereit, währenddessen die Urabstimmung vorgenommen werden soll. Nach Ablauf dieser Zeit werden die Gewerkschaften das Ergebnis in einer neu einzuberufenden Sitzung des nationalen Schiedsgerichts bekanntgeben, wo dann der Kampf neuerlich entbrennen wird.

In Anbetracht der immer noch vorherrschenden Wirtschaftskrise bedeutet der Waffenstillstand natürlich einen Sieg für die Arbeiter. Die Bauarbeiter können mit Stolz darauf verweisen, mitten in der Lohnabbaumanie ihren Lohnstandard zunächst erhalten zu haben. Das ist um so bedeutungsvoller, als der Lohnstarif auf dem antilichen Lebensstandard basiert, der, wie wir schon früher mitteilten, gesunken ist.

Die Gewerkschaften, die seit 1920 wiederholt die Richtigkeit des Index anzeigten und auf eine Reform des Index drängten, ohne jedoch die Regierung hierzu bewegen zu können, verlangen nun von der Arbeiterregierung, die Reform schnellstens durchzuführen. Der Index basiert, wie auch in Deutschland, auf einer fünfköpfigen Familie. Doch ist die Berechnung des englischen Index genauer als die des deutschen. Die englischen Gewerkschaften verlangen, der Index müsse den Anforderungen moderner Lebensansprüche mehr Rechnung tragen. Die Indexberechnung, die vom Arbeitsministerium vorgenommen wird, datiert aus dem Jahre 1908.

Noch ein paar Worte über „geschützte“ und „ungeschützte“ Industrien. Das Baugewerbe ist nach Meinung der Unternehmer natürlich eine „geschützte“ Industrie, weil es dem internationalen Wettbewerb nicht ausgesetzt ist. Der Bauprodukt untersteht nur den inneren Marktverhältnissen. Es fehlt hier, wie die Unternehmer behaupten, der gefährliche Moment der internationalen Konkurrenz. Ueber das unheilvolle Verdeckenspiel des Unternehmertums der verschiedenen Länder schreibt das sozialistische Blatt „The New Leader“ am 14. November v. J. u. a.:

„Der Teufelsanzug des internationalen Lohnabbaues ist in vollem Gange. Aus Deutschland kommt die Nachricht, daß die Metallarbeiter sich durch Schiedspruch einem Abbau von 8. v. H. beugen mußten.“

Voller Freude berichtet der Berliner Korrespondent des „Daily Telegraph“: „... das ist der erste entscheidende wie exemplarische Schritt zur Verringerung der Produktionskosten in Deutschland. Sollte sich der Schritt voll auswirken können, so würde Deutschland der mächtigste Konkurrenzgegner der Engländer auf dem internationalen Markt werden.“

Aus diesen Worten erkennt man die geradezu wahnsinnige Politik der internationalen Unternehmerrasse, die erst den Alarmrufen ertönen läßt: Wir können wegen der zu hohen Löhne nicht konkurrieren! Werden dann mit Rücksicht hierauf die Löhne gesenkt, so operiert man auch in den andern Ländern mit demselben Argument. So entsteht eine Schraube ohne Ende. Aufgabe der internationalen Gewerkschaftsbewegung ist es, diesem bösen Spiel den Garaus zu machen.

Beachtenswert für Krisenunterstützungsempfänger

Mit Schreiben vom 9. 3. 31, Geschäftszeichen III 677/31, Beilage zum Arbeitsmarktanzeiger Nr. 6, Seite 26/31 gibt der Präsident der Reichsanstalt einen Befehl des Reichsarbeitsministers vom 2. 3. 31 zur Kenntnis, der folgenden Wortlaut hat:

„Nach Artikel 1 Abs. 2 der Verordnung über Krisenfürsorge für Arbeitslose vom 11. 10. 30 (Reichsarbeitsblatt S. 1. 219) ist bei der Berechnung der Krisenunterstützung von der Lohnklasse auszugehen, in die der Arbeitslose nach § 105 Abs. 1 des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung gehört. Eine doppelte Herabsetzung zuerst nach den Vorschriften der Paragraphen 105a und 107a des Gesetzes über A. V. A. B. G. und dann nach Artikel 1 Abs. 2, Nr. 1 und 2 der Verordnung über die Krisenfürsorge für Arbeitslose findet demnach nicht statt.“

Nach dieser Verordnung kann nunmehr Arbeitslosen, denen die Arbeitslosenunterstützung in der Hauptunterstützung nach § 105a gekürzt war, nach ihrer Aussteuerung und Gewährung der Krisenunterstützung letztere in der Hauptunterstützung nicht mehr gekürzt werden.

Bergen tätig. Fünf Jahre später wirkt er in der gleichen Position am Theater in Christiania. In diesen Jahren schreibt Ibsen eine Reihe von Dramen, die ihm aber nur geringe Erfolge einbringen. Ibsens Jugendwerke sind von dem Wunsche diktiert, dem norwegischen Volke eine eigene nationale Literatur zu schaffen, der gleichen Aufgabe, der sich auch Ibsens Studienfreund Björnsterne Björnson mit ungleich größerem Erfolge unterzieht. Ibsen sucht diese Aufgabe zunächst sprachlich zu meistern, während er sich stofflich noch ganz im Fahrwasser der allgemeinen nordischen Literatur bewegt, die bis dahin nur ein Abklatsch der deutschen Romantik gewesen ist. In der reichen Sagenwelt seiner Heimat findet Ibsen den Stoff zu seinen Jugenddramen, die er, als ihn seine spätere künstlerische Entwicklung in andere Bahnen führt, sämtlich verwirft. Der erste entscheidende Wendepunkt seiner künstlerischen Arbeit ist das Drama „Komödie der Liebe“. Es ist sein erstes Werk, das ein Stück Gegenwert dramatisch gestaltet. Ideal und Wirklichkeit der bürgerlichen Ehe werden kritisch unter die Lupe genommen und die Heuchelei gebrandmarkt, die sich hinter dieser gesellschaftlichen Einrichtung verbirgt. Die Wahrheit aber kann die bürgerliche Welt weder auf der Bühne, noch sonstwie vertragen, deshalb verfällt das Stück der Ablehnung. Nur mit Mühe gelingt es, dem Dichter ein Reisestipendium zu verschaffen, und innerlich voller Groß verläßt der Dichter seine Heimat, um erst nach drei Jahrzehnten als der nunmehr auch von seinem Volke anerkannte unsterbliche Künstler wiederzukehren.

Nach kurzem Aufenthalt in Deutschland reist Ibsen nach Rom, wo die Schaffenszeit des Dichters beginnt, die seinem Werke eine über den nationalen Raum Norwegens wachsende Bedeutung zuweisen wird. Zwar sind es nationale Beweggründe und Probleme, die den Dichter zu den beiden großen in seiner römischen Zeit geschaffenen Dramen „Brand“ und „Peer Gynt“ antogen. Letzteres Werk hat man auch den „nordischen Faust“ genannt. In ihm hat der Dichter seinem Volke ein grandios kritisches Spiegelbild vorgehalten. Das Urbild des skandinavischen Menschen lebt in der Gestalt des Peer Gynt, eines Menschen, der aus lauter Halbheiten zusammengesetzt, voll phantastischer und großsprecherischer Pläne ist, die aber bei der fehlenden festen geistigen und sittlichen Grundlage niemals realisiert werden können. Diesen Peer Gynt — seine Nation — will der Dichter radikal umgeformt wissen.

Vom Jahre 1868 an lebt Ibsen in Deutschland, zunächst in Dresden, dann in München. Hier entstehen die großen Gesellschaftsdramen, die Ibsens Namen Weltruf verleiht und seinen Platz in der Geschichte der Weltliteratur entscheidend bestimmen. Aus dem Kritiker seiner Nation wird der große Gesellschaftskritiker Ibsen.

Das erste Drama dieser Schaffensperiode ist „Stützen der Gesellschaft“. In ihm übt Ibsen schärfste Kritik am herrschenden Großbürgertum, das den Grad der menschlichen Qualität nach seiner finanziellen Leistungsfähigkeit bestimmt, das in seinem grenzenlosen Gewinnstreben selbst das Leben der Mitbürger nicht achtet. Die Einrichtungen der bürgerlichen Gesellschaft: Ehe, Familie, staatliche Gemeinshaft, äußerlich wohl geordnet, sind innerlich hohl und verlogen. Wahrheit und Freiheit sind die wahren Stützen der Gesellschaft“, sagt Ibsen und enthüllt damit sein soziologisches Glaubensbekenntnis, das uns die Grenzen seiner revolutionären Ideologie anzeigt.

An dem Schicksal der Nora Helmer im Drama „Ein Puppenheim“ führt uns Ibsen die Tragödie der Frau in der vollständig vom männlichen Typus beherrschten bürgerlichen Gesellschaft vor Augen. In ihr führt die Frau lediglich das Dasein einer Puppe, sie ist zum Schau- und Lustobjekt des Mannes prädestiniert. Die eheliche Gemeinshaft beruht auf der völligen geistigen, seelischen und körperlichen Unterordnung der Frau unter die Botmäßigkeit des Mannes. Die erste aus eigener Verantwortung durchgeführte und aus ihrer fränklichen Eigenart gewachsene selbständige Handlung zeigt Nora, daß sie in der männlichen Gesellschaft nie ein Verstecken finden und die Anerkennung ihrer Persönlichkeit erlangen wird. Die einzig mögliche Lösung dieses Konflikts ist der radikale Bruch mit der Vergangenheit, die Lösung der Ehe. Tapfer und entschlossen geht Nora diesen Weg.

Das nun folgende Drama Ibsens „Geister“ ist im Zusammenhang mit dem Drama „Nora“ zu sehen. Anders wie Nora Helmer sucht Helene Alving ihrem Schicksal zu begegnen, das sie in die Ehe mit einem durch und durch verheulenen Manne geführt hat. Aus falschen moralischen und konventionellen Bedenken harzt sie aus in den Fesseln, die ihr die Gesellschaft geschmiedet und büßt in dem Schicksal ihres Kindes, dem die Krankheit vom Vater ins Blut gepflanzt ist, ihre Intonien.

Es würde den Rahmen dieser Arbeit überspannen, die späteren Dramen Ibsens nach in gleicher Weise zu betrachten, die auch nach unserer Wertungsmethode bereits in dem nun folgenden Drama „Ein Volksfeind“ einen Abstieg bedeuten. Auch an Ibsen erfüllt sich das Schicksal vieler moderner bürgerlicher Dichter, die zwar mit unibertrefflicher Meisterhaftigkeit die Schäden innerhalb der Gesellschaft enthüllen und darstellen, denen es aber nicht gegeben ist, den ökonomischen Charakter des gesellschaftlichen Niederganges zu erkennen, um aus der Erkenntnis des ökonomischen Umwandlungsprozesses die Notwendigkeit des Anschlusses an den Kampf der proletarischen Klasse abzuleiten.

Notizrei

aus der Granitindustrie der Gemeinde Fürstenstein (Bayerischer Wald)

Am 6. Mai 1931 veranstalteten in Fürstenstein, im Gasthaus Hain, der Gemeinderat Fürstenstein, die Granitindustriellen und die arbeitslosen Arbeiter der Granitindustrie eine Versammlung, die sich zu einer machtvollen Kundgebung für die Wiederbeschäftigung in der Granitindustrie gestaltete.

Den Vorsitz in dieser Versammlung führte unser Zahlstellen-vorstand, Kollege Franz Ellinger, Fürstenstein. Er konnte in seinen einleitenden Worten seine Befriedigung zum Ausdruck bringen, daß auf diese Einladung hin die Arbeiter und die übrigen Interessenten in so überaus zahlreicher Weise erschienen waren, so daß die sehr geräumigen Lokalitäten des Gasthauses Hain die Massen kaum zu fassen vermochten. Die Not ist in unseren Reihen so groß geworden, daß wir an die Öffentlichkeit gehen müssen, um nicht nur die maßgebenden, sondern alle Volksteile auf diese Not aufmerksam zu machen.

Herr Kreisrat Kendl, Fürstenstein, war gebeten, über die Möglichkeit der Wiederbeschäftigung von Arbeit in der Granitindustrie zu referieren. Einleitend wies der Referent darauf hin, daß die Not der Arbeiterchaft in unserer Gemeinde auch die Not der Geschäftsleute sei, daß die Sorgen, die heute die Arbeiterfamilien drücken, auch die Sorgen der übrigen Volksschichten der Gemeinde sind. Er schilderte dann die Bemühungen verschiedener Kreise des Bayerischen Waldes, um bei maßgebenden Stellen Gehör und Verständnis für die Notlage der Granitindustrie des Bayerischen Waldes zu finden. Den Bemühungen des Landes-bürgerrats Bayern, der Großstadtspresse und insbesondere auch der Presse der bayerischen Ostmark für ihre uneigennützig Arbeit wurde volles Lob gezollt. Die Granitindustrie, 100 Jahre alt, hatte vor dem Kriege ihr Abzweiggebiet in Oesterreich. Früher waren durch eine stabile Beschäftigung Krisen in der Granitindustrie fast ausgeschlossen. Nach der Inflation, als die Reparationsleistungen auch der Granitindustrie Beschäftigungsmöglichkeiten verschafften, hatte die Arbeiterchaft des Bayerischen Waldes, soweit sie in Granitgebieten anständig war, bis zum Jahre 1928 Arbeits- und Verdienstmöglichkeit. Nach Annahme des Young-planes veränderte sich die Lage, und von Monat zu Monat wurden die Aufträge für die Granitindustrie geringer, bis im Frühjahr 1930 die katastrophale Auswirkung in Erscheinung trat. Seit dieser Zeit bemühen sich Kreise im Inland, um die Baubehörden und insbesondere die Oberste Baubehörde für die Granitindustrie zu interessieren. Die Bayerische Oberste Baubehörde, in deren Händen das gesamte bayerische Straßenbauwesen liegt, hat bis jetzt nicht in ausreichender und befriedigender Weise der Forderung nach Erhöhung der Auftragsquote Rechnung getragen. Es muß mit Bedauern festgestellt werden, daß in Bayern überwiegend mit Teer und Asphalt die Straßenbeläge hergestellt werden, was auf die Dauer vom volkswirtschaftlichen und Rentabilitätsstandpunkt aus nicht vertretbar ist. Die Granitindustrie hat in wiederholten Besprechungen und Verhandlungen mit den obersten Stellen in Bayern darauf hingewiesen, daß eine Umstellung der Straßenbauweise in Bayern nicht nur vom staatspolitischen Standpunkt aus notwendig ist, sondern daß auch volkswirtschaftlich die gegebene Straßenbauweise die Kleinpflasterstraße ist. In wiederholten Anträgen an die oberste Baubehörde haben sich verschiedene Firmen der Granitindustrie bereit erklärt, den Quadratmeter Kleinpflasterstraße für und fertig im vorigen Jahr um 10 Mark und heuer noch um ein Beliebiges billiger zu liefern. Wenn nun Kunststraßen, die höchstens eine Lebensdauer von 3 bis 4 Jahren aufweisen, 4 bis 5 Mark kosten, eine Asphaltdecke 7,5 Mark pro Quadratmeter kostet und eine Lebensdauer von rund 8 Jahren aufweist, eine Kehraupflasterdecke 4,6 Mark mit einer Lebensdauer von vielleicht 3 bis 4 Jahren, die Kleinpflasterstraßen 8 bis 9 Mark kosten und deren Lebensdauer selbst nach Angaben des Herrn Ministerialrats Wilibig 35 bis 50 Jahre ist, so ist es selbst für einen Laien, der nicht vom technischen Gewissen beeinflusst ist, nicht sehr schwer, den wirtschaftlichen Vorteil der Granitpflasterstraßen zu erkennen. Man befürchtet, wenn unsere Straßen in Bayern restlos mit Teer- und Asphaltstraßen einmal ausgebaut sind, daß dann später die oberste Baubehörde zur Verfügung stehenden Geldmittel nur mehr zu Reparaturen ausreichen. Eine weitere Gefahr besteht darin, daß durch das Vorgehen der bayerischen obersten Baubehörde außerhalb des Bayerischen Waldes, die bis vor ein paar Jahren überwiegend für die Herstellung ihrer Staatsstraßen Pflaster aus dem Bayerischen Walde bezogen, von ihrer früheren Straßenbauweise abweichen infolge der Hinweise auf Bayern, dem Produktionslande für Granit, und damit das Ansehen der Granitindustrie des Bayerischen Waldes schwer geschädigt wird. Es muß möglich werden, durch die Wiederbelebung der Granitindustrie als Schlüsselindustrie die gesamte Wirtschaft des Bayerischen Waldes wieder in Schwung zu bringen. Wenn Bayern und Reich den festen Willen haben, die Pflastersteinindustrie wieder anzukurbeln, und wenn der Wille sich praktisch verwirklicht — in der Bayerischen Industrie- und Handelszeitung ist in einer längeren Vorlegung eine praktische Regelung vorgelegt —, so profitiert nicht nur die Granitindustrie, sondern auch alle übrigen Wirtschaftszweige davon.

Nicht nur das rein wirtschaftliche Moment verlangt eine bessere Berücksichtigung der Granitindustrie, sondern auch das staatspolitische. Die bayerische Ostmark ist heute unter einem wesentlichen anderen Gesichtspunkt zu beurteilen wie vor 15 Jahren. Mit der Forderung, nicht zu erlahmen, sondern immer wieder die Belange der Granitindustrie des Bayerischen Waldes nach außen hin zu vertreten, schloß der Redner seine Ausführungen, die mit großem Beifall belohnt wurden.

In der Diskussion sprach zunächst als Vertreter der Granitindustrie Herr Steinhilber. Er unterstrich die Ausführungen des Referenten und sprach sein Bedauern aus, daß der Bayerische Wald zu wenig Unterstützung finde. Ganz besonders vermisse er die parlamentarische Vertretung und verlangte für die Vertretung des Bayerischen Waldes in Zukunft Leute, die aus der Wirtschaft stammen und die mit den wirtschaftlichen Verhältnissen des Bayerischen Waldes vertraut sind. — Der Sprecher der Arbeiter, Bezirksleiter Kollege Haufeiner, sprach von den Bemühungen seiner Gewerkschaft und unterstrich, daß hier Arbeitgeber und Arbeitnehmer gemeinsam vorgehen müssen, da die Lebensinteressen nicht nur der Industriellen, sondern auch der Arbeiter gefährdet sind. — Die eindrucksvolle Versammlung wurde dann mit Worten des Dankes an die so zahlreich erschienenen geschlossen.

Nachstehende Resolution soll den in Betracht kommenden Stellen unterbreitet werden:
Am Mittwoch, dem 6. Mai 1931, wurde im Gasthaus Hain zu Fürstenstein eine Versammlung einberufen, veranstaltet von dem Gemeinderat Fürstenstein, den Vertretern der Granitindustrie und den arbeitslosen Steinarbeitern, die zu einer machtvollen Kundgebung sich gestaltete und in der erneut die Forderung nach Arbeit und Verdienstmöglichkeiten in der Steinbruchindustrie erhoben wurde.

Die Gemeinde Fürstenstein ist der Mittelpunkt der gesamten Granitindustrie des Bayerischen Waldes und sind in der Gemeinde Fürstenstein bis zu 90 Prozent der Arbeiter nur in der Granitindustrie beschäftigt.

Mit Entzückung wurde festgestellt, daß die bayerische oberste Baubehörde bisher bei der Vergabe von Aufträgen für den Straßenbau die Granitindustrie des Bayerischen Waldes in keineswegs befriedigender Weise berücksichtigt hat.

Die in der Gemeinde Fürstenstein seit mehr als Jahresfrist arbeitslos gewordenen Arbeiter der Granitindustrie erheben hiermit erneut vor aller Öffentlichkeit die Forderung, es möchten das

bayerische Staatsministerium des Innern sowie die oberste Baubehörde unverzüglich geeignete Schritte unternehmen, die die Arbeitsbeschäftigungsmöglichkeit noch vor diesem Sommer in Aussicht stellen. Die Stimmung in den Reihen der Arbeiterchaft, die in dieser Versammlung elementar zum Ausdruck gekommen ist, verlangt, sollen nicht wichtige, staatspolitische und soziale Werte vernichtet werden, sofortige Inangriffnahme des Arbeitsbeschäftigungsprogramms für die Granitindustrie des Bayerischen Waldes.

Die Arbeiter der Gemeinde Fürstenstein sowie die Industriellen sind überzeugt nach Kenntnis des Straßenbauprogramms der obersten Baubehörde, daß bei gutem Willen und bei Umstellung der bisherigen Straßenbaumethode die Granitindustrie der bayerischen Ostmark wieder befriedigende Beschäftigung finden kann.

Auf Beschluß des Gesamtvorstandes

findet im gesamten Verbandsgebiet in der Woche vom 1. bis 6. Juni 1931 eine

allgemeine Bücher-Kontrolle

statt. Die in Arbeit stehenden Kollegen nehmen eine gegenseitige Kontrolle der Mitgliedsbücher in den Betrieben vor.

Die arbeitslosen Kollegen kontrollieren sich am zweckmäßigsten auf der Stempelstelle.

Die Kontrolle der kranken Kollegen wird den Ortsverwaltungen überlassen.

Mitgliedsbücher, die sich im Gewahrsam der Kassierer befinden, müssen den Mitgliedern zur Kontrolle ausgehändigt werden.

Ueber das Ergebnis der stattgefundenen Kontrolle ist von den Ortsverwaltungen an den Verbandsvorstand zu berichten.

Der Verbandsvorstand

Wir erwarten, daß der Notizrei unserer heutigen Kundgebung nicht ungehört verhallt und bei den maßgebenden Stellen in Bayern sowohl wie im Reich der furchtbare Ernst der Not der Steinindustrie des Bayerischen Waldes endlich einmal richtig erkannt wird und volle Beachtung findet und umgehend geeignete Schritte unternommen werden, diese Not zu beheben. Wir wiederholen noch einmal die großen Gefahren, die in der Nichtbeachtung dieses Notizreies liegen.

Ein empfehlenswerter Arbeitgeber

Herr Struh, der in Bernigerode a. Harz ein Grabsteingeschäft betreibt, ist vor dem Halberstädter Arbeitsgericht ein häufiger Gast. Dieser Herr scheint, wie so viele seiner Art, der Meinung zu sein, daß das „Dritte Reich“ nicht mehr allzu fern ist, wo es Tarifverträge und sonstige Schutzbestimmungen für die Arbeiter nicht mehr gibt.

Ein Steinhauer mußte jetzt die Hilfe des Arbeitsgerichts in Anspruch nehmen, weil ihm Herr Struh statt der zulässigen sieben Prozent „nur“ 16 Prozent vom Lohn abgezogen hatte. Trotz aller Belehrungen seitens des Vorsitzenden sowie des Vertreters unserer Organisation konnte und wollte der Beklagte nicht einsehen, daß er im Unrecht war. Wie es seine Art ist, wurde er bei den Verhandlungen recht ausfallend und schimpfte was das Zeug halten wollte auf unsere Organisationsvertreter, auf das Gericht und auf den Kläger. Außerdem hatte er sich einen feinen Trick ausgedacht, um aus der Klemme zu kommen. Er meinte nämlich, das Arbeitsgericht sei für diese Sache gar nicht zuständig, sondern eine Schlichtungskommission. Der Vorsitzende belehrte ihn aber, daß er auf dem Holzwege sei. Da aber alle Belehrungen und Ermahnungen fruchtlos waren, erklärte der Beklagte schließlich, der Kläger sei kein vollwertiger Arbeiter, und er werde ihm einfach kündigen. Es steht Herrn Struh zwar frei, diesen Versuch zu unternehmen, aber er dürfte ihm schlecht bekommen, denn da der Kollege Kriegsbeschädigter ist, hat die Kürzungsstelle hier ein wichtiges Wort mitzusprechen, und die läßt in solchen Dingen nicht mit sich spaßen. Da eine Einigung unmöglich war, wurde die Sache der Kammer überwiesen. Das Arbeitsgericht wird diesem famosen Herrn den Standpunkt schon klarmachen.

Zur Charakterisierung dieses Herrn sei noch erwähnt, daß am gleichen Tage noch eine Klage gegen ihn schwebte. In diesem Falle hatte eine Provisionsreisende das Gericht um Hilfe ersuchen müssen. Diese Reisende hatte er ebenfalls in einer äußerst schäbigen Weise ausgenutzt. Nachdem sie ihm zahlreiche gute Aufträge gebracht hatte, weigerte er sich, die versprochenen 10 Prozent Provision zu zahlen und wollte sie mit 5 Prozent abfeigen. Ueber das schäbige Verhalten des Herrn Struh, der die Klägerin in gemeinster Weise anpöbelte, war selbst der Arbeitgeberbeißiger äußerst empört. Diesem Herrn muß und wird auch Käron beigebracht werden.

Verbandsstreue

Im Monat April konnten in nachstehenden Orten die genannten Kollegen auf eine ununterbrochene 25jährige Mitgliedschaft in der Gewerkschaft zurückblicken. In

- Annaberg: Arno Süß.
- Erzhauten: Christoph Thomas.
- Hilfsburg: Peter Stadsholt, Jens Jensen, Johann Jink, Johann Heel, Wilhelm Mathiesen, Theodor Baumann, Johannes Tiefje, Christoph Paulsen, Otto Paul.
- Frankfurt a. d. Ober: Gustav Schmidt I, Gustav Schmidt II, Artur Thomas, Oskar Wegener, Paul Lehmann.
- Hamburg: Hermann Georg, August Wölky, Heinrich Barnelow.
- Harburg: Emil Kirchner.
- Hemsbach: Joseph Jöbst, Fritz Lange.
- Kirchhauhen (Bezirk Hemsbach): Georg Antes, Michael Bernbecher, Johann Esfinger.
- Kirchberg: Alois Wopida, Alois Heimerl, Max Thomas, Paul Bönsch, August Döring, Gustav Heintze, Paul Hilscher.
- Kamenz: Karl Liese, Hermann Dorn, Ernst Rißsche.
- Liegnitz: Ernst Urban, Max Knobloch.
- Lüneburg: Wilhelm Stute.
- Strehlen: Karl Silber.

Den genannten Verbandsmitgliedern zu ihrem gewerkschaftlichen Ehrentage nachträglich die besten Wünsche. Möge es ihnen vergönnt sein, noch recht lange in unseren Reihen zu weilen zu Ruh und Frommen der jüngeren Generation.

Aus der Oberpfalz

Anlässlich der von der Zahlstelle Niederlamitz am 2. Mai zu Ehren der dem Verbands 25 Jahre angehörenden Kollegen veranstalteten Feier setzte die Gauleitung, die Anwesenheit eines Vertreters vom Verbandsvorstand benutzend, für die beiden Zahlstellen Floss und Flossenbürg Versammlungen an.

Eine solche fand am 3. Mai in Flossenburg und am 4. Mai in Floss statt. Der Besuch war befriedigend. Kollege Krummüller vom Verbandsvorstand behandelte dort in einem Vortrage die Ursachen der Wirtschaftskrise und zeigte die für uns Steinarbeiter zu ziehenden Lehren. In Anbetracht dessen ist es ganz unverständlich, daß noch so große Teile der Steinarbeiter ihrer zustehenden Organisation, dem Steinarbeiterverband, fernstehen. Die besondere Aufmerksamkeit sowie der starke Beifall, den die Anwesenden den Ausführungen zollten, bewies das volle Einverständnis mit der Verbandsleitung. — Im weiteren wurden die örtlichen Verhältnisse einer scharfen Kritik unterzogen. Die langanhaltende wirtschaftliche Depression, die neben den übrigen haugewerblichen Industrien ganz besonders auch die Steinindustrie betrifft, hat auch die dortige ziemlich günstig gelegene Granitwerksteinindustrie in Mitleidenschaft gezogen. Das Fernstehen von der Organisation eines großen Teiles der dortigen Steinarbeiter hat bereits sehr nachteilige Folgen gezeigt. Der von der Brüningsregierung eingeleitete Lohnabbau, der für dieses Gebiet bereits im November 1930 einen wesentlichen Abbau der Tariflöhne mit sich brachte, genügt den dortigen Unternehmern noch nicht. Diese betreiben eine Schmutzkonzurrenz schlimmster Art, die sie auf dem Rücken der Steinarbeiter austragen. Ganz raffiniert und schlaue geht dabei der Unternehmer Stich in Floss vor. Genannt, ein früherer Verbandskollege und in Kollegentreisen von damals als Raditalist bekannt, versuchte mittels eines Schreibens an die Gauleitung unserer Lokalverwaltung die Schuld an der so frach betriebenen Schmutzkonzurrenz der Unternehmer zuzuschreiben. Die in diesem Schreiben aufgestellten Behauptungen widersprechen der Wahrheit. Wenn dort der Meister Stich sich als unglücklich bei der untertariflichen Entlohnung hinstellt, so entspricht dieses nicht den Tatsachen. Es ist allgemein bekannt, daß dieser Unternehmer bereits im Vorjahre von einer Firma zur anderen ging und diese aufforderte, einen willkürlichen 18prozentigen Lohnabbau vorzunehmen. Beweismittel stehen zur Verfügung!

Nach dem Stimmungsbild der Versammlung zu schließen, werden sich unsere Kollegen von dem Vorgehen dieses Unternehmers nicht beirren lassen und eine weitere Sammlung der dortigen Steinarbeiter in unseren Verband betreiben. An die unorganisierten Steinarbeiter geht der Appell, ihren begangenen Fehler dadurch wieder gutzumachen, indem sie dem Steinarbeiterverband wieder beitreten. Je eher dieser Schritt getan wird, desto schneller wird dem jetzigen Abwärtsgleiten der Lohn- und Arbeitsbedingungen ein wirksamer Damm entgegengesetzt. Dann dürfte die willkürliche Zeit vorbei sein, und die Unternehmer werden das Risiko ihrer Schmutzkonzurrenz selbst zu tragen haben.

In nächster Zeit wird eine weitere Versammlung stattfinden, in welcher der früher dort beschäftigt gewesene und jetzige Gauleiter von Schlesien, Kollege Senft, anwesend sein wird. Zum Besuche dieser Versammlung müssen schon heute die Steinarbeiter dieses Gebietes mobil gemacht werden.

Hohburg. In Nr. 18 des „Steinarbeiter“ wurde im Versammlungsbericht darauf hingewiesen, daß die Maifeier in diesem Jahre wieder gemeinsam mit den Parteien stattfinden. Die Zahlstellenverwaltung hatte mich erlucht, die Festrede zu übernehmen. Diese Einladung nahm ich ohne weiteres an, weil ich dort schon vor zwei Jahren zur gemeinschaftlichen Maifeier gesprochen hatte, die auch einen würdigen Verlauf nahm.

Doch mit des Geschickes Mächten ist kein ewiger Bund zu schließen.

Kurz vor Schluß meiner Ausführungen wollte ich noch die Notverordnung streifen. Raum hatte ich den Satz gesprochen, daß die Notverordnung gegen die Nordheide der Nazi eine Notwendigkeit war, — erteilte der KPD-Jugend-Sprechchor mit wüstem Gebrüll ein: „Schluß, Schluß, der verteidigt ja die Notverordnung!“ Meinem weiteren Ausführungen, daß wir die Auslegung der Notverordnung gegen die Kulturorganisationen auf das schärfste verurteilen, konnte bei dem Gebrüll überhaupt nicht mehr zu Gehör kommen. Nach nie ist mir so deutlich jene Strophe aus dem Sozialistenmarsch zum Bewußtsein gekommen wie bei dieser Maikundgebung:

Den Feind, den wir am tiefsten hassen,
der uns umlagert schwarz und dicht,
das ist der Unverstand der Massen,
den nur des Geistes Schwert durchbricht!

Die Zahlstellenverwaltung von Hohburg wird aber in Zukunft eine gemeinsame Maifeier mit der KPD ablehnen müssen; denn die von dort bei jeder Gelegenheit gepredigte „Einheitsfront“ ist nur Phrase, die auf Ungeheilte und Unerfahrene wirken soll. Th. K.

Elbing. Am 6. Mai wurde die gut besuchte Monatsversammlung vom Kollegen Collin eröffnet. Tagesordnung: 1. Berichterstattung des Protokolls. 2. Abrechnung vom 1. Quartal. 3. Lohnverhandlung und Abstimmung über den Schiedspruch. 4. Verchiedenes. — Das Protokoll wurde gelesen und für richtig erklärt. Dann verlas Kollege Scharp die Abrechnung. Die beantragte Entlastung wurde erteilt. Ueber den Schiedspruch berichtete Kollege Casper. Lohn für Seher 1,31 Mark, für Rammer 99 Pfennig, Hilfsarbeiter 80 Pfennig. Nach eingehender Aussprache wurde mit 39 gegen 11 Stimmen der Spruch angenommen und im weiteren beschlossen, daß jene Kollegen, die in Arbeit stehen, 10 Pfennig mehr Beitrag zahlen, damit endlich die Lokal-lasse aus dem ewigen Dalles herauskommt.

Vom Kampf um Lohn und Arbeitsbedingungen

5. Gau. In Duisburg sind die Tariffragen für Steinmehlen noch nicht geklärt. Zugun, auch von Marmorarbeitern, muß unterbleiben.

6. Gau. Die Betriebe der Firma Pflasterstein- und Schotterindustrie Tiefenstein sind zu meiden wegen Maßregelung.

11. Gau. In Lübeck stehen die Steinmehlen im Lohnkampf.

Holland. Die Steinschlepporganisation in Rotterdam teilt uns mit, daß in letzter Zeit wieder eine Anzahl deutscher Pflasterer nach Holland einreisen und sich zu Bedingungen anbieten, die weit unter den von der holländischen Organisation festgesetzten tariflichen Vereinbarungen liegen. Es ist bereits schon Tatsache, daß der dortige Unternehmer auf Vorstellung der Organisation offen erklärt, er würde im Falle eines Einschreitens des Verbandes sich nur noch Pflasterer aus Deutschland kommen lassen. Sich in einem fremden Lande als Lohnrüder herzugeben, muß doch gegen das Ehrgefühl jedes deutschen Pflasterers gehen. Solche Zustände werden zur Folge haben, daß die Grenze für deutsche Arbeiter gesperrt wird. Wer den Schaden davon hat, braucht hier nicht erörtert werden. Daher ergeht die dringende Mahnung an alle, die nach dort reisen, und auch an jene, die schon in Holland tätig sind, sich unter allen Umständen bei der dortigen Organisation zu melden und die tariflichen Vereinbarungen zu beachten.

Kundschau

Der Reichsverband der deutschen Steinindustrie bezieht die am 9. Mai in Berlin eröffnete Bauausstellung zu einer größeren Kundgebung am 28. Mai im blauen Saal, Halle II, um 9 1/2 Uhr beginnend. In dieser Natursteintagung soll die große Not geschildert werden, in der sich alle Kreise der Steingewinnung und Steinbearbeitung befinden. Es gilt, die behördlichen Stellen aufzurütteln, denn die Natursteinindustrie ist mit ihren Aufträgen im wesentlichen auf die „öffentliche Hand“ angewiesen.

Das grundlegende Referat, „Wege zur Belebung der Bautätigkeit“, wird vom ersten Vorsitzenden des Verbandes, Generaldirektor Dr.-Ing. e. h. U. Kouselle gehalten, dann folgen Referate von Unternehmervertretern der einzelnen Unterverbände für Wegebau, Granit, Bleichwerkstein, Schiefer, Grahmal, Marmor. Anschließend an diese Kundgebung halten die einzelnen Verbände der Spitzenorganisationen ihre Jahrestagungen ab.

Die rechte Rheinuferstraße. Der Ausbau der für den ständig zunehmenden Autoverkehr viel zu engen rechten Rheinuferstraße auf der Strecke Rüdeshheim-Oberlahnstein, die als eine der vorzüglichsten Aufgaben des rheinischen Wegebaues zu erachten ist, hat jetzt begonnen. Von den 57 Kilometern der rechten Uferstraße müssen 55 Kilometer ausgebaut werden, nur an zwei besonders verkehrsgefährlichen Stellen, bei Filsen und bei Braubach, kann die alte Linienführung der Straße wegen der Kreuzung mit der Bahnstrecke nicht beibehalten werden. Auf der ausgebauten Strecke soll es zwischen Rüdeshheim und Lahnstein keinen Bahnübergang mehr geben. Auf der Strecke Rüdeshheim-Braubach wird die Straße auf 7,20 Meter verbreitert, zwischen Braubach und Oberlahnstein auf 8,50 Meter. Die Gesamtaufwendungen werden mit vier bis fünf Millionen angesetzt. Fertiggestellt sind die Abschnitte Rüdeshheim-Vorch und Bornhofen-Filsen.

Granitgestein als Gesichtsbuch. In den Black Mountains (Schwarze Berge) in dem nordamerikanischen Staate Süd-Dakota werden gewaltige Riesenstatuen von Washington, Jefferson, Lincoln und Roosevelt — den vier bedeutendsten Präsidenten der Vereinigten Staaten — eingehauen. Ebendort wird nunmehr auch die Geschichte der Vereinigten Staaten, in 500 Worten ausgedrückt, eingemeißelt werden. Die Buchstaben dieser wohl einzig dastehenden steinernen Kurzgeschichte eines Landes sind mit einer Größe von je 1,60 Meter vorgelesen. Nach Ansicht der Bodenkundigen wird die Inschrift eine sehr lange Zeit lesbar bleiben: Eine halbe Million Jahre!

Gegenstände der Denkmalkunst. In der brasilianischen Kaffeestadt Campinas hat man unlängst — der Kaffeebohne ein Denkmal gesetzt. Brüssel enthielt jüngst ein Denkmal der Brieftaube, wodurch deren Verdienste um das Land während der deutschen Besatzungszeit als Verbindungsmittel zwischen dem Lande und Westeuropa veranschaulicht werden soll. Das Denkmal zeigt auf einem Sockel eine vorwärtsschreitende Frau, die auf der Hand ihres vorgestreckten Armes eine zum Flug bereitete Taube wiegt. Die Amerikaner haben einem schon lange „tief empfundenen“ Bedürfnis ab, indem sie in Baltimore dem ersten Menschen, Adam, ein Denkmal setzten. Anstatt aus Stein nahm man bei der Ehrung des Erfinders der Gummibereifung, Dunlop, — Hartgummi. Dieses wurde 3 Tage lang hindurch unter stärkstem Druck gepreßt, so daß eine immerwährende Festigkeit der Masse gewährleistet ist.

Ferienheim Neumühle. Dieses idyllische Ferienheim der Leipziger Gewerkschaften liegt bei Stadtroda in Thüringen, 15 Kilometer von Jena. Die völlige Abgeschlossenheit des Heims, mitten im Walde, ist für Erholungssuchende der gegebene Ort. Danksagen werden auf Wunsch gern zugesandt. Anfragen und Anmeldungen bitten wir an den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, Ortsausschuß Leipzig C 1, Zeißer Str. 32, zu richten.

Lebenshaltungskosten und Löhne. Für den Durchschnitt des Monats April beträgt die Messziffer der Lebenshaltungskosten 137,2 gegen 137,7 im März. Der Rückgang beträgt somit 0,4 v. H. Soweit sich also die Preisverbilligung in den Lebenshaltungskosten auswirkt, ist sie zum Stillstand gekommen. Die Indexziffer der Lebenshaltungskosten nahm in den ersten Monaten dieses Jahres folgende Entwicklung: Januar 140,4, Februar 138,8, März 137,7 und April 137,2. Es ist also von Januar bis April ein Rückgang der Lebenshaltungskosten von 2,3 v. H. eingetreten. Die meisten werden sich von der angekündigten Preisreduzierung mehr ver-

Briefkasten

J. Hg. Kartentinhalt trifft in allem vollständig daneben. Aber in der Sache könnte folgender Humor aus einem holländischen Blatte dienen:

„Sehr geehrter Herr Redaktor“, schrieb der Einsender, „ich bitte, meine Gedichte wohlwollend zu prüfen und mich umwendend Ihr Urteil wissen zu lassen, da ich noch andre Eifen im Feuer habe.“ „Sehr geehrter Herr“, lautete die Antwort, „nehmen Sie die Eifen raus und schmeißen Sie die Gedichte rein!“

Wer ist geschäftsunfähig? Mein 16jähriger Sohn hat einen Radioapparat auf Abzahlung gekauft. Ich habe gehört, er sei noch geschäftsunfähig? — Antwort: Dein Sohn ist beschränkt geschäftsunfähig. Der Kaufvertrag wird erst durch Deine Genehmigung wirksam. Geschäftsunfähig ist, wer nicht das 7. Lebensjahr vollendet hat, wer sich in einem die freie Willensbestimmung ausschließenden Zustande krankhafter Störung der Geistestätigkeit befindet, sofern nicht der Zustand seiner Natur nach ein vorübergehender ist, und wer wegen Geisteskrankheit entmündigt ist.

Wer kann an Kindesstatt annehmen? — Wer keine ehelichen Abkömmlinge hat, kann durch Vertrag mit einem anderen diesen an Kindesstatt annehmen. Der Vertrag bedarf der Bestätigung durch das zuständige Gericht. Der Annehmende muß das fünfzigste Lebensjahr vollendet haben und mindestens 18 Jahre älter sein als das Kind. Davon kann jedoch Befreiung bewilligt werden.

Neue Bücher und Zeitschriften

A. Damaschke, Die Arbeitslosigkeit und ihre Überwindung. Verlag von Reimer Söbning, Berlin, 80 Seiten, Preis 2 Mark.
Die Arbeitslosigkeit weckt die schwersten wirtschaftlichen, gesundheitlichen, politischen und kulturellen Gefahren. Jeder wünscht, daß etwas wirklich Durchgreifendes geschehe. In der Schrift zeigt der Führer der deutschen Bodenreformer Wege, die aus dieser gefährlichen Not herausführen können, um die Millionen deutscher Menschen wieder in unsere Wirtschaft einzugliedern! Er beipflichtet die Forderungen der ausländischen Landarbeiter, der Verlängerung der Schulspflicht, der Verkürzung der Arbeitszeit, der Kleingärten, der Nebenerwerbsheimstätten u. a. und wendet sich an alle, die eine Verantwortung tragen. Das sind im Grunde die Forderungen der durch das gleiche Wohlstandsniveau in Not, Enttäuschung, Verzweiflung treiben müssen! Die Schrift enthält wertvolles Material und sollte schon deshalb weiteste Verbreitung finden. Der Preis allerdings steht dem entgegen.

Kann das soziale Photo ein Kampfmittel sein? Dieser Frage ist ein Teil des neuen Heftes der Monatschrift „Das Neue Bild“ gewidmet. Es behandelt ferner die für den wertvollen Amateurphotographen wichtige Frage des Kleinformates, gibt ausführliche Anweisungen für die Herstellung von Sportbildern, Aufnahmen in der freien Natur usw. Dr. Max Osborn, Prof. Hans Kaluschke, Dr. Otto Grautoff äußern sich zu der Frage: „Schafft die Photographie Kunstwerke?“ 24 wie immer hervorragende wiedergegebene Bilder aus allen Gebieten der wertvollen Bildfreunde zeigen, welche hohen Maß von Können diese sich an eignen haben, um auch der übrigen Arbeiterklasse gutes Bildmaterial zu beschaffen. „Das Neue Bild“, das nur 40 Pfg. monatlich kostet und von jeder Volksbuchhandlung, durch die Post oder durch den Verlag in Berlin S 42 bezogen werden kann, ist jedem Freunde schöner Bilder, besonders dem wertvollen Amateurphotographen, zu empfehlen.

prohen haben. Wir müssen mit der Tatsache rechnen, daß die Kleinhandelspreise nur sehr langsam den Großhandelspreisen folgen. Die Löhne sinken sich weit mehr als der Index der Lebenshaltungskosten. Das Statistische Reichsamt nimmt für die Zeit vom 1. Januar bis 1. März einen Rückgang der Tariflöhne von 4 bis 7 v. H. an. Bis Mitte April sind weitere Lohnentlastungen erfolgt. Mit dem Rückgang der Tariflöhne ist die Kaufkraftschwächung nicht voll zum Ausdruck gekommen. Die wirklichen Lohnsätze sind weit mehr vom Rückgang betroffen worden. Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit kommen noch weiter hinzu. Das Verhältnis zwischen Lebenshaltungskosten und Löhnen hat sich also empfindlich verschlechtert. Wenn die neuen Löhnsätze auf Fleisch, Geflügel, Hülsenfrüchte und andere wichtige Lebensmittel sich auswirken beginnend, wird sich die Lebenshaltung noch mehr verschlechtern. Das ist der Zustand, dem wir entgegengehen. Mit aller Entschiedenheit müssen sich deshalb die Gewerkschaften gegen eine weitere Senkung der Löhne wenden.

Vom Kampf der Kriegsoffer um ihre Lebenshaltung

Von sachkundiger Seite wird uns geschrieben: Die deutschen Kriegsoffer werden dem leider so früh verstorbenen Reichsanwalt a. D. Hermann Müller immer dankbar nachsagen, daß unter seiner Kanzlerschaft im Jahre 1920 mit der Verabschiedung des Reichsversorgungsgesetzes eine völlige Neugestaltung der Kriegsofferversorgung erfolgte. Wenn auch die eigentliche materielle Versorgung damals wie heute noch hinter den Erwartungen und berechtigten Wünschen der Kriegsoffer zurückblieb, so war doch mit der Schaffung dieses von demokratisch-republikanischen und sozialen Grundgedanken beherrschten Gesetzes für die Kriegsoffer eine Basis geschaffen, die einer sozialen Fortentwicklung alle Möglichkeiten eröffnete. Wiederholt ist dann auch das Reichsversorgungsgesetz solchen Änderungen unterworfen worden. Trotzdem wurde die Versorgung der Kriegsoffer nie zu einem befriedigenden Abschluß gebracht.

Wie auf die gesamte Sozialpolitik, so wirkte das stetige Anwachsen reaktionärer Kräfte im öffentlichen Leben, wirkte die stärker und mächtiger werdende Rechtsmehrheit in den Reichstagen seit 1920 sich hemmend und rückschrittlich auf die Kriegsofferversorgung aus. Infolgedessen mußte selbst der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns (Zentrum) bei der Verabschiedung der 5. Novelle zum Reichsversorgungsgesetz 1927 vor dem Reichstage erklären, daß die Versorgung der Kriegsoffer mit der Verringerung des RWG nicht als abgeschlossen betrachtet werden könne. Dem war in der Tat so. Die Versorgung der Kriegsoffer hinterbliebenen war sogar seit 1926 verschlechtert worden. Trotzdem machten sich seit Ende 1927 in der rechtsgerichteten Presse immer mehr Stimmen bemerkbar, die von Sachkenntnis nicht getrieben, die Höhe des Haushaltsplanes für die Kriegsofferversorgung kritisierten und einschneidende Einsparungen forderten. Wieder fanden die Kriegsoffer in Hermann Müller einen warmen Fürsprecher und ernsthaften Verteidiger ihrer Interessen. In der Regierungserklärung, die er im Juni 1928 als Reichsanwalt abgab, wurde den Abbauwünschen sozialreaktionärer Kreise mit folgenden Worten entgegengetreten: „Das Los der Kriegsbeschädigten und Kriegserhinterbliebenen zu bessern, entspricht dem einmütigen Empfinden des deutschen Volkes.“

Den kräftiger und immer deutlicher werdenden Abbauforderungen großer Unternehmerverbände und ihrer parlamentarischen Vertreter wußte die Reichsregierung Hermann Müller aber entscheidenden Widerstand zu leisten. Nach ihrem Rücktritt wurde dieser dann sofort durchbrochen. Mit dem Regierungsantritt des Kabinetts Dr. Brüning ergoß sich die Flut sozialpolitischer Abbauforderungen satten Großbürgertums auch über die Kriegsofferversorgung. Der Artikel 48 der Reichsverfassung wurde gegen die Kriegsoffer angewandt. Mit der Notverordnung vom 26. Juli 1930 wurden Grundrecht der Versorgung aufgehoben, schematische Sperrstrichen für Neuanträge von Kriegsoffern eingeführt, der Rechtsweg abgedrosselt, der Rechtsanspruch auf kostenlose Heilbehandlung teilweise beseitigt und die Härteversorgung aufgehoben. Ungezählte ehemalige Frontkämpfer und Tausende von Kriegererben, die bisher keine Rente bezogen haben, haben die Möglichkeit verloren, im Rechtsverfahren ihre Ansprüche auf Versorgung geltend zu machen.

Nicht genug damit, wurden durch Erlasse des Reichsarbeitsministers gesetzlich gewährleistete Kann-Ansprüche und im Reichsversorgungsgesetz begründete Leistungen aufgehoben. So wurden Nachzahlungen bei Kannansprüchen eingestellt, Kinderzulagen in gewissen Fällen verboten, Beschränkungen in der Zahlung von Zusatzrente, von Witwen- und Waisenbeihilfen nur an Hinterbliebene von Schwerbeschädigten, Nachprüfung der Elternversorgung, der Witwen- und Waisen- sowie der Erziehungsbeihilfen angeordnet, die Erteilung neuer Bescheide in den Fällen des § 71 RWG und § 28 RWG stark eingeschränkt und die bisher für die Neubautätigkeit zur Verfügung stehenden Kapitalabfindungen durch den Reichsarbeitsminister eingestellt. Die Erziehungsbeihilfen wurden um 5 Reichsmark monatlich gekürzt.

Ein Abbauerlaß des Reichsarbeitsministers Stegerwald jagte den anderen. Ingesamt belaufen sich die Einsparungen beim Kapitel Kriegsofferversorgung des Reichshaushalts 1931/32 auf über 100 Millionen Reichsmark!

Das ist den Sparenhustern, die durch den Ausfall der Reichstagswahl vom 14. September 1930 sich besonders stark fühlen, noch längst nicht genug. Der 1277730000 Reichsmark = 1,19 v. H. der Gesamtausgaben des Reiches umfassende Etat für die Versorgung der Kriegsoffer übt auf die Statistiker eine besondere Anziehungskraft aus. Hier, glaubt man, könnte ein ordentlicher Sad voll Geld eingepart werden. Der „Sanja-Bund“, diese Vereinigung der Großindustriellen, des Handels und Gewerbes sowie der Bankwelt verlangt die Einsparung von jährlich 235 Millionen bei der Kriegsofferversorgung und die Ausschaltung der 30 und 40 v. H. erwerbsbeschränkten Kriegsbeschädigten aus der Versorgung.

Immer deutlicher wird den Kriegsoffern offenbar, daß sie als soziale Last empfunden werden, deren man sich am liebsten entledigen möchte. Bitter empfinden sie die Wahrheit des Wortes: „Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, er kann gehen.“ Doch sie lassen sich nicht kamplos beiseite schieben. Unter der Devise „Nicht Dank, sondern Recht“ haben die im Reichsbund der Kriegsbeschädigten, -teilnehmer und Kriegserhinterbliebenen zum Gegenstoß gegen alle Abbaupläne der Reichsregierung und eines jatten Großbürgertums ausgeholt. Überall im Reiche fanden große Massenkundgebungen des Reichsbundes statt. Hunderttausende der Kriegsoffer bekundeten ihren Willen, mit der gleichen Entschiedenheit und Zähigkeit um die Erhaltung ihrer bescheidenen Lebenseristenz zu kämpfen, mit der sie vor Jahren im Vollbesitz ihrer Manneskraft die Heimat vor den Verwüstungen des Krieges zu schützen wußten.

Bergeht niemals, daß von den 13 1/2 Millionen Männern, die Deutschland 1914—18 zum Heere rief, zwei Millionen ihr Leben lassen mußten. Vier Millionen wurden verwundet. Die Zahl der rentenberechtigten Kriegsbeschädigten sank von 1550 000 im Jahre 1920 auf gegenwärtig 840 000. Ist es etwa zu viel, wenn eine 45jährige Kriegerwitwe monatlich 71,10 Reichsmark und für ihre zwei minderjährigen Kinder 57,10 Reichsmark dazu erhält? Doch gibt es nicht wenige Kriegerwitwen, die sogar mit monatlichen Rentenbeträgen von 37,10 Reichsmark, wenn sie erwerbsfähig sind und, falls sie erwerbsunfähig sind, mit 44,50 Reichsmark monatlich auskommen müssen. Bei der erwerbsunfähigen Witwe käme unter Umständen noch eine Zusatzrente in Höhe von 34 Reichsmark hinzu.

Wenn das an den Kriegsoffern seit Jahren begangene Unrecht nicht noch vergrößert werden soll, muß allen Abbaumaßnahmen und -plänen ein schleuniges Ende bereitet werden. Darum rufen auch wir aus staatspolitischen Gründen mit den Kriegsoffern: Hände weg von der Kriegsofferversorgung!

Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes

Auf Antrag der Zahlstelle Angerburg wurde das Mitglied Rudolf Kessler wegen Verbandschädigung ausgeschlossen.

Auf Antrag der Zahlstelle Neufriedersdorf wurden die Steinfeher Gustav Händel und Reinhard Händel wegen Streifbruchs ausgeschlossen.

Bekanntmachungen aus den Zahlstellen Bezirken und Gauen

Berjammlungen.
Sonntag, 24. Mai: In Sawaldau (Zahlstelle Grünberg) um 8 Uhr bei Walter.
Sonntag, 31. Mai: In Eichen (Steinmehlen und Marmorarbeiter) bei Föllner Böhrenkontrolle.

Berden. Richtigstellung! Im Versammlungsbericht der Zahlstelle Nr. 12 des „Steinarbeiter“ wird mein Name genannt und kritisiert, daß mein Solidaritätsgefühl verjagt habe. Zu der in Frage kommenden Angelegenheit bei dem Unternehmer H. M. kann ich nur darauf hinweisen, daß die betreffenden zwei Kollegen eine rein persönliche Sache mit dem Unternehmer austragen, die mit Solidarität und Verband nichts zu tun hat.
Konrad Hoins, Steinfeher in Berden.

Berlin-Neukölln. Für den Bezirk Neukölln ist Thüringer Straße 37, Ecke Wiggerstraße, bei Wittwer eine neue Zahlstelle eröffnet.

Die Erwerbslosenmarken werden nur noch in der Wohnung des Kollegen L. Wamke, Neukölln, Allerstraße 17, geklebt.


Am Ort zureisende und in Arbeit tretende Kollegen melden sich immer vorher beim Zahlstellenvorstand. Wer das unterläßt, hat seinen Anspruch auf Kollegialität und deren Auswirkung! Dieser Hinweis gilt für alle Berufsgruppen und alle Zahlstellen. Eine besondere Bekanntmachung dieser Art für einzelne Zahlstellen ist deshalb überflüssig. Zu beachten: Sperrebruch ist gleichbedeutend mit Streifbruch.

Adressenänderungen

- 6. Gau: Immendingen. Vorj.: Eduard Mintz, Gartenstraße. Kass.: Jakob Schuler. — Niederkirchen bei Deidesheim. Vorj.: Johann Glaser, Deidesheim (Pfalz), Hauptstraße. — Oberwiesem. Vorj. u. Kass.: Philipp Weid.
- 9. Gau: Heudelheim. Bezirksleiter: Paul Horn, Sieben, Gewerkschaftshaus, Schanzenstraße 18.

Anzeigen

Berlin Dienstag, 2. Juni, 18 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Vierteljahressversammlung für alle der Zahlstelle Groß-Berlin angeschlossenen Gruppen. Tagesordnung: 1. Bericht vom 1. Quartal 1931. 2. Bericht von den Lohnverhandlungen. 3. Verschiedenes. Verbandsbuch legitimiert! Vollzähliges Erscheinen erwartet die Ortsverwaltung I. A.: Gust. Nitsche.



Ich bin ein freier Mann und singe, Was kümmert mich der Weltenlauf!
Wenn ich mich auf das Lindcar schwinde, Hält mich nicht Gott und Teufel auf!

Pflasterhämmer

aus bestem Schweißstahl, Rammen, Brechstangen und sämtliche Werkzeuge für den Straßenbau liefert auch nach außerhalb
Otto Teske, Berlin N 31 Brunnenstraße 82

Tüchtiger Granitschleifer

findet gute Existenz durch Kauf kl. Granitschleiferei mit Nebenartikeln und weiterer Ausbaufähigkeit in Großstadt Sachsens, gute Lage, billige Miete, nur umständehalber zum billigen Preis von RM. 4800.— Anfragen unter A 100 an die Schriftleitung dieses Blattes.
Bücher die in kein. Zahlstelle fehlen dürfen, für Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre, empfiehlt ADGB-Verlag Berlin S 14, Inselstraße 6

Gestorben

- (Todesfälle, die bei der Meldung über 1 Monat zurückliegen, werden infolge ihrer späten Meldung an dieser Stelle nicht veröffentlicht. Redaktion.)
- Langenaltheim. Am 18. April der Lithosteinarbeiter Wilhelm Schmidt, 55 Jahre alt, Herzlähmung; 7 Jahre krank.
 - Berlin. Am 27. April der Rammer Theodor Eichmann, 53 Jahre alt, 4 Wochen krank, Lungentzündung.
 - Wriezen. Am 4. Mai der Steinsetzer Georg Schiele, 24 Jahre alt, Freitod.
 - Flensburg. Am 5. Mai der Rammer Peter Jakobsen II, 50 Jahre alt, Freitod.
 - Mittweida. Am 8. Mai der Hilfsarbeiter Alfred Wagner, 32 Jahre alt, 1 1/2 Jahr krank, Lungen- und Darmtuberkulose.
 - Wildschütz. Am 10. Mai der Brecher Emil Persdorf, 41 Jahre alt, 4 Monate krank, Lungentzündung.
 - Wünschelburg. Am 11. Mai der Sandsteinmetz Karl Günther, 44 Jahre alt, 29 Monate krank, Staublunge.
 - Hamburg. Am 11. Mai der Sandsteinmetz Heinrich Rahenkamp, 70 Jahre alt, Schlaganfall.
 - Stendal. Am 12. Mai der Steinsetzer Gustav Lier, 65 Jahre alt, 6 Wochen magenkrank.

EHRE IHREM ANDENKEN
Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold, Verlag Ernst Winkler, beide in Leipzig. Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.

Lohnabbau in Krisenzeiten früher und jetzt

Von Alexander Knoll

In Nr. 18 des „Steinarbeiter“ sind zwei Beispiele von besonders tristem Lohnabbau enthalten: im Steinseggewerbe in Bayern und Mitteldeutschland.

Es ist gar kein Wort darüber zu verlieren, daß dieser Lohnabbau nicht nur ein Unrecht, sondern, volkswirtschaftlich gesehen, auch ein Unsinn ist. Das letztere sogar in doppelter Hinsicht, nämlich als er den Unternehmern, die ihn mit allen Mitteln betrieben haben, auf die Dauer nicht nur keinen Vorteil, sondern gleichfalls eine Schmälerung ihres Gewinnes bringen wird und bringen muß.

Es soll hier nicht untersucht werden, ob diese Unternehmer, wie so viele ihresgleichen, dazu nicht ermutigt worden sind durch mancherlei betrübliche Vorgänge in den Reihen der organisierten Arbeiterschaft.

Daß Krisenzeiten durchaus nicht unter allen Umständen mit Zeiten des lohnpolitischen Niederganges identisch zu sein brauchen, hat ja ein Kollege erst in Nr. 17 des „Steinarbeiter“ an Hand des Dresdner Beispiels überzeugend nachgewiesen.

Ein anderes noch stärkeres Beispiel dafür, daß selbst in Zeiten ärgster Krise Lohnabbau und dergleichen restlos abgewehrt werden kann, war der Abwehrstreik der Stettiner Steinseger, der vom 1. April 1894 bis 2. Mai 1895, also volle 13 Monate gedauert hat.

Also es geht auch ohne Lohnabbau — wenn die Arbeiterschaft hundertprozentig organisiert ist, wie es die Stettiner Steinseger damals waren. Hoffentlich sind sie es noch!

Damals hatten wir noch keine staatliche Anerkennung der Gewerkschaften, kein Gewerkschaftsrecht, kein Tarifrecht, keine Verbindlichkeitserklärungen (und es sind ja nicht bloß schlechte Tarife für verbindlich erklärt worden!).

Muß das nicht geradezu den Augenschein erwecken, daß der Kampfwillie und der Solidaritätsgedanke in der heutigen Arbeiterschaft nicht mehr so stark lebendig ist wie noch vor wenigen Jahrzehnten? Und ist es nicht geradezu selbstverständlich, daß das Unternehmertum solche Zustände ausnützt?

Ist es aber so, dann muß man sich voller Sorge fragen: Wohin soll das zum Schluß führen? Schon ist ja das organisierte Unternehmertum drauf und dran, auch die Grundlagen des heutigen Tarifrechts und Schlichtungswesens anzugreifen, um auch noch die letzten rechtlichen Schutzwehren zu beseitigen, die die Arbeiterschaft bis heute — trotz allem, was gegen das Schlichtungswesen auch von uns einzuwenden ist! — davor schützen, wieder, wie vor 30, 40 Jahren, ein Spielball des „freien Spiels der wirtschaftlichen Kräfte“ zu werden!

Es war in Berlin im Anfang der siebziger Jahre; die sogenannten Gründerjahre neigten sich ihrem Ende entgegen. Die gute Konjunktur, die eine Folge der Zuführung der französischen Goldmilliarden (Kriegsentschädigung) gewesen war und mithin nicht auf einer natürlichen Entwicklung beruht hatte, war plötzlich verflogen wie die berühmte amerikanische „Prosperität“.

Ist irgend jemand in unseren Kreisen der Auffassung, daß das Unternehmertum heute sich auch nur einen Augenblick befinden würde, etwas Wehnlisches zu tun, wenn es die Macht dazu hätte?!

werkschaften Rücksicht zu nehmen. Wenn es statt 30 und 40 „nur“ 8 bis 10 Prozent Lohnherabsetzung sind, so verdanken unsere Kollegen das lediglich und allein ihrer gewerkschaftlichen Organisation, die sich auch jetzt noch und gerade jetzt in dieser schweren Zeit der Krise zum Wohle und Vorteil der Arbeiterschaft auswirkt.

Überlegt einmal: Wir zählen heute in Deutschland 22 Millionen Lohn- und Gehaltsempfänger. Davon sind alles in allem 6 Millionen gewerkschaftlich organisiert, 16 Millionen = 72 Prozent stehen außerhalb der Gewerkschaften.

Daraus ergibt sich: Wenn auch jemand weismachen will, daß die Gewerkschaften schuld am Lohnabbau haben, dann hat ihr die diesen klugen Leuten zu sagen, daß sie ihre Weisheiten besser bei den Anorganisierten anbringen mögen, damit diese sich den Gewerkschaften anschließen.

Und mit etwaigen Lohnabbauabsichten erst recht.

Das Leben des indischen Arbeiters

Wir hörten in letzter Zeit viel vom heroischen Freiheitskampf des indischen Volkes. Die ehrbare, ja, man möchte sagen, die heilige Gestalt Gandhis ist uns allen bekannt.

Was immer auch aus dem Befreiungskampfe der Indier wird, es ist klar, die ökonomische Emanzipation dieses Volkes ist das wichtigste zu bewältigende Problem.

Der englische sozialistische Publizist H. N. Brailsford, den seine Weltreise die letzten Monate auch durch Indien führte, der die dortigen Zustände aufs genaueste untersucht hat, schreibt über seine Eindrücke und Erlebnisse in der sozialistischen Wochenzeitung „The New Leader“:

„Wie soll der englische Indierreisende, der nichts von den vielen Sprachen versteht, das geistige Leben schildern, das unter der braunen Haut der inartikulierten Arbeiter pulsiert? Einen Einblick glaube ich in dem Augenblick erhalten zu haben, als ich in Ahmedabad neben einem Wasserhahn stand.

Von Bombay bis Kalkutta sah ich viele Arten von Arbeiter-siedlungen. Einige, von wohlhabenden Unternehmern errichtet, waren erträglich. Die meisten waren noch schlimmer als die geschilderten.

In der Gerberei an der Peripherie von Bombay haben sich die Arbeiter ihre Wohnungen selbst zurechtgezimmert. Diese baufälligen Hütten inmitten von Schmutz und Häuten, an Raum etwa 23 zu 18 Fuß, beherbergen bis zu dreißig Arbeiter.

Was tut nun die britisch-indische Regierung zur Behebung der Zustände in diesem Labyrinth? „Der Bolschewismus gedeiht hier wie die Ratten und Mospitos“, schreibt Brailsford. Bei Bombay hat die Regierung eine schöne Arbeiter-siedlung bauen lassen, die aber jetzt zu Gefängniszwecken benutzt wird.

Es gibt auch Rudimente einer Fabrikgehegung. Der Lohn der Gerbereiarbeiter beträgt jetzt sogar 25 Rupees pro Monat. Das sind etwa 30 Mark. Die Gerbereiarbeiter, die an der Peripherie von Bombay wohnen, gehören zur Klasse der „Unberüh-

baren“. Da die Religion es den Hindus verbietet, an rohen Tierhäuten zu arbeiten, holt man sich die Gerbereiarbeiter aus der sogenannten Klasse der „Unberührbaren“ oder „Ausgeflohenen“. Es ist dieses die niedrigste Klasse im indischen Gesellschaftssystem.

Die Gerbereien befinden sich inmitten von Sümpfen, wo das Malariafieber gut gedeiht. Dann gibt es viele Haufen von Tierdünger, die das ihrige zur Verpestung der Luft beitragen. Diese „Kinder Gottes“ arbeiten nackt und stehen bis an die Hüfte im sumpfigen Boden.

Wie steht es nun mit dem Koalitionsrecht der unglücklichen Arbeiter? Traurig, recht traurig! Zur Illustration schildert Brailsford das Los der Meerut-Gefangenen. 31 „Verbrecher“ sitzen nun schon zwei Jahre in Untersuchungshaft, weil sie während eines Streiks durch „Konspiration versuchten, den König (von England) der Souveränität über Indien zu berauben“.

Wenn alles gut geht, wird der Prozeß, der fünf Millionen Rupees kosten wird (wieviel Wasserhähne könnten mit diesem Gelde wohl angelegt werden!), im September endlich zu Ende geführt werden.

Über die Pioniere einer kommenden Gewerkschaftsbewegung schreibt Brailsford:

„Hätten die Angeklagten Bomben oder Gewehre? Das wird ihnen von der Anklagebehörde nicht vorgeworfen. Forderten sie auf zum bewaffneten Widerstand? Auch das nicht. Auch wird nicht hervorgehoben, welche Akte begangen wurden, um dem König die Souveränität zu nehmen.“

Das Gegenstück zu diesen traurigen Zuständen bildet die Lage in Lancashire (England). In den letzten Wochen erhielten der Bericht der Textil-Mission im fernen Osten. Hier wird nachgewiesen, wie die Wirtschaftskrise der englischen Textilindustrie durch die billigen Löhne im fernen Osten verschlimmert wird.

B. Weinga r t z.

Die Konsumgenossenschaften — ein Kernstück der Volkswirtschaft

Je länger die Weltwirtschaftskrise dauert, desto mehr zeigt sich die innere Wirtschaftskraft der Konsumgenossenschaftlichen Warenverteilungsorganisationen mit ihrer Ausmündung in die Warenproduktion. Bei einem riesigen Zerfall der Privatwirtschaft, der sich ungemindert in Tausenden von Konkursen manifestiert, eine weitere Entwicklung der Konsumgenossenschaftlichen Bewegung, die zwar gehemmt, da und dort auch zum Stillstand gebracht erscheint, aber keinerlei Zusammenbrüche anormaler Art zu verzeichnen hat.

Und wer der Meinung sein sollte, daß die Konsumgenossenschaften ihren preisbildenden Einfluß nur bei der Warenverteilung geltend machen könnten, aber nicht an der Quelle, d. h. bei der Warenproduktion, der könnte sich schon durch die Produktionsbetriebe großer Konsumgenossenschaften, erst recht aber durch die zentralisierte Eigenproduktion der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine davon überzeugen lassen, wie Monopolpreise der kartellierten Industrie oder von Handelsindividuen auf gleichgerichtetem Tätigkeitsgebiete verhindert werden können.

Davon mag einmal ein aktuelles Beispiel aus dem Ausland zeugen. Der Verband schwedischer Konsumvereine, der sich vor wenigen Jahren durch die Sprengung des Mühlen- und eines Gummischuh-Kartells mit bedeutenden Preisentzungen um seine heimische Volkswirtschaft verdient gemacht hat, zeigt neuerdings wieder, und zwar mitten in einer Weltwirtschaftskrise, die auch Schweden nicht verschont gelassen hat, was die innere Kraft der Konsumgenossenschaftlichen Organisation für die Volkswirtschaft eines Landes bedeutet.

Bahn frei den Konsumgenossenschaften, die ein Kernstück der Volkswirtschaft bilden.

Auch der genialste Mann wurde von einer Mutter geboren, der er oft das Beste, was er besitzt, verdankt. Mit welchem Rechte will man also der Frau die Gleichberechtigung mit dem Manne verweigern?

Unterhaltungsbrocken

Man sollte alle Tage wenigstens ein kleines Hörbuch hören, ein gutes Gedicht lesen, ein treffliches Gemälde sehen und, wenn es möglich zu machen wäre, einige vernünftige Worte sprechen.

Nichts lockert mehr der Neigung zarte Bande als Sorgen um des Lebens Unterhalt

Kleinste zu Kleinem

Kommt das Kleinste zu dem Kleinen.
Dann ist es schon etwas mehr,
Und wenn sich mehr Kleine einen,
Wird es mehr und immer mehr.
Wenn man immer wieder schichtet
Viel der Kleinen zu den Kleinen,
Aller Sinne gleichgerichtet,
Die die gleichen Ziele einen,
Dann wird aus dem Viel das Ganze,
Eine riesenstarke Kraft,
Die in hellem Waffenglanze
Rühn und treu das Große schafft!
Aber merke: Soll das Ganze
Nicht zum Menschheitsstiege führen,
Soll es stolz im Siegertränze
Einst die Siegestrommel rühren,
Dann darf keines von den Kleinen
Seiner Fahne untreu werden!
Nur wenn alle Kleinen einen
Sich zum letzten Kampf auf Erden,
Dann erst kann der Sieg gedeihen,
Aus der Knechtschaft euch befreien!

Taeß.

Pfingstfest in furchtbarster Notzeit!

In der Zeit einer Krise, wie die Welt sie niemals gesehen, das Fest des Durchglühens von einem Glauben und der Heiligkeit einer Idee! Es ist begreiflich, wenn viele von diesen Alltags-sorgen müde geworden und nicht mehr den Schwung besitzen, mit dem allein das Pfingstfest gefeiert werden kann.

Pfingsten ist das Fest des heiligen Geistes, der da immer und immer in denen gewesen ist, die aus dem Allen heraus sich zwan-gen, glaubend, vorwärts. Die da durchdrungen waren von einer Ueberzeugung. Die da befehlen waren von einer Idee und nicht anders konnten, als zu fünden und zu fünden.

Nie aber war die Idee, die gekündet wurde, so hehr und so weitend zu höchsten und niemals geahnten Zielen wie heute. Mühte da nicht alle Welt unter der Glut solch eines Gedankens erschüt-tert sein? Mühte da nicht in allen, ja allen, eine heilige Unruhe leben, ein Wollen und Wissen? Und ein Bedürfnis, immer zu fünden und immer zu werben und immer neu zu erfüllen mit dem heiligen Geiste des ganz Neuen alle?

Und doch diese Müdigkeit bei so vielen. Diese Gleichgültigkeit. Diese Teilnahmslosigkeit gegenüber solch einem Gedanken.

Bei allem Verständnis für die Last, die Not für die Seele be-deutet: es darf nicht sein, daß diese Not das Beste in uns, den Glauben in uns ersticht. Es darf nicht sein, daß Menschen sich gehen lassen ohne Widerstand und sich hintreiben lassen ohne Em-pörung in den Strudel des Geistes dieser überlebten Umwelt.

Stemmet euch an! Rafft die Fäden eurer zerrissenen Seele zu-sammen! Es darf nicht sein, daß ihr in dieser Krisenzeit erlernt, weil diese Zeit in euch den Morgen ertötet. Den Trost. Die Kraft. Den Willen.

Recht euch! Besinnt euch! Schüttelt den Schutt des erbärm-lichen Alltags einmal von eurer Seele hinweg! Und ihr fühlt es, ihr fühlt es alle, daß in euch trotz alledem immer noch etwas v o n e u r e r B e i t i m m u n g lebt: die Welt unter der Glut einer großen Idee zu wandeln.

Aftergeister sind heute bemüht, die Menschen einzuspannen. Krämer des Geistes fangen so manchen ein mit Scheinidealen. Kleinbürger suchen das Rad der Zeit mit kleinlicher Gefinnung zu halten. So ist es, wenn eine Weltstunde der Zeit sich wen-det: nicht alle sind zum Erfassen dieses Unerhörten reif.

Welche Aufgabe für euch, ihr Schaffenden alle, die ihr im Grunde eures Wesens von dem Kern des großen Gedankens durch-drungen seid! Lernt ihn erleben! Seid von dieser Größe gepackt! Seid durchzittert! Laßt ein heiliges Muß durch eure Adern rollen! Wir wenden die Stunde der Geschichte nicht vorwärts ohne den heiligen Geist.

Nur ein großes Geschlecht kann eine große Stunde wenden. Und groß ist nur das Geschlecht, das glaubt und glaubt.

„Ohne Leidenschaft“, sagte Lassalle, „ist in der Geschichte noch nie ein Stein von dem anderen gerückt.“

Pfingsten ist das Fest der Feste, weil es die Feier des Gefühls der Gefühle ist. Weil es die Leidenschaft einer heiligen Begeisterung feiert. Die feurige Liebe zur großen Idee. Den glühenden Glauben an das kaum Mögliche.

Das dennoch wird und noch schöner wird.

Weil es schon ist.

In uns.

Wenn wir es glauben.

Dr. G. H.

Der Mensch von morgen

Menschen, die an dieser Wende der Zeit für den Menschen kämpfen, müssen wissen, um was es bei dieser Befreiung des Men-schen geht. Wir leben den Kampf um den Menschen so oft immer noch zu unbedeutend an. Wir denken so oft immer noch zu sehr an die Existenz als Selbstzweck. Aber der Sinn des Kampfes ist letzten Endes viel größer. Jeder kleinste, erlängte wirtschaftliche Vorteil ist ein Stück auf dem Wege zu einem großen Ziel. „Die Vorgeschichte der Menschheit geht zu Ende und die Zeit der Menschheit beginnt.“ So sprach es Marx einmal aus. Dieser verhasste, der nur von nüchternem, trockenem Denken erfüllt gewesen sein soll und der da in Wirklichkeit solch eine großartige menschliche Auffassung vom Sinne seines ökonomischen Denkens gehabt hat.

Und diesen Menschen, um den es geht, müssen wir kennen. Sein Wesen, seine Art. Seine Seele. Sein inneres Suchen und Drängen. Wir müssen wissen, welche Werte da im Menschen heute verschüttet sind. Wieviel Sehnen ersticht. Zu welcher Größe Men-schen berufen sind. Zu welcher Herrlichkeit Menschentum einmal zu erwachen bestimmt.

Es ist der unkünstlerische Geist des Kapitalismus, der uns so oft diese Ehrfurcht vor uns selbst genommen hat. Diese Wirtschafts-ordnung der Berechnung und der Errechnung und des ewigen Ueber-legens hat diesen anderen Teil des menschlichen Wesens entstellt, dieses künstlerische, das in einem jeden ist und das das eigent-liche Wesen des Menschen ausmacht.

Ist es nicht bezeichnend, daß der Schmud in der Geschichte der Menschheit älter als die Kleidung ist? So unnotwendig ist dem Menschen das Schöne. So urhaft ist im Menschen das künstlerische Gefühl. Dieses künstlerische Gefühl, das man heute nur nebenbei befriedigt oder auch nicht befriedigt, dessen Befriedigung man so vielfach als zu entbehrenden Luxus ansieht: es ist das Urgefühl des Menschen, das seine Befriedigung nötig hat, wenn der Mensch ein-mal erwachen soll zu sich selbst.

Darum leidet der Mensch heute so an sich, weil ihm diese Be-zriedigung seines Seelischen nicht gegeben ist. Kapitalismus ist kunstfremd. Wenn die wirtschaftlich Starke aus dem Wesen der Wirtschaftsordnung heraus die Träger der Kunst sind, dann muß das Wesen von allen Menschen nicht hinaufgeführt werden zu den künstlerischen Höhen, zu denen alle berufen sind.

Kein geringerer als Richard Wagner hat es dieser bürgerlichen Gesellschaft seinerzeit so empört ins Gesicht geschleudert, „daß sie nur eine scheinheilig um Kunst und Kultur besorgte Welt darstelle, daß sie nicht einen Tropfen künstlerischen Bluts in ihren Adern habe und nicht einen Atemzug menschlicher Gestirung und daß sie nicht einen Hauch menschlicher Schönheit aus sich zu ergießen im-stande sei.“

Wenn wir heute in den weitesten Teilen der Masse diese Ver-suche sehen, teilzuhaben an Kunst — durch eigene Organisationen, wenn wir ganz allgemein die Ueberwindung der Nur-Wissenschaft finden dadurch, daß sich z. B. die Geschichtsschreibung mit künst-lerischem Gestalten bindet, wenn die Naturwissenschaft am meisten gelesen und geliebt wird, die der Dichter bringt, so ist uns das eine Auflehnung des Künstlerischen im Menschen gegen die Verknechtung der Menschheit und ein Erwachen des Menschen zum Erleben seiner selbst.

Darum ist das ein wesentliches Stück universaler Bildungsarbeit, den Menschen zum Erleben zu bringen, ihn zu rütteln, in seiner Seele und ihn durch starken Eindruck zu erschüttern. „Denn“, so schreibt Max Reinhardt, der Künstler, „das bürgerliche Leben ist eng begrenzt und arm an Erregungen.“

Aus dem Wesen der kapitalistischen Zeit heraus würde es genügen, dem Menschen in einer Bildungstunde nur Erkenntnisse und Wissen zu geben, doch aus dem Menschen heraus gedacht und erlebt ist es neben der Kultur des Geistes auch nötig, ein Erlebnis zu schaffen, ein Ahnen werden zu lassen und ein Horchen auf die eigene verschüttete Seele.

Der Mensch hat ja im Alltag so wenig Möglichkeit des eigenen Erlebens. „Im allgemeinen hat er nur einmal in seinem Leben“, so schreibt Reinhardt, „den Raub der Liebe, einmal die über-schäumende Freude der Freiheit; er haßt einmal Leidenschaftlich; er begräbt einmal mit diesem Schmerz ein geliebtes Wesen und stirbt schließlich einmal selbst. Aber es ist zu wenig für die uns innewohnenden Fähigkeiten der Liebe, des Hasses, des Glücks und des Leidens. Wir üben täglich unsere Muskeln und unsere Glieder, damit sie sich kräftigen und nicht verkümmern, aber unsere geistigen Organe bleiben unbeschäftigt, und doch ist es das freie Ausleben dieser Organe, von dem nicht nur unsere geistige Gesundheit, son-dern auch die des Körpers abhängig ist.“

Und damit, so fügen wir hinzu, die Freiheit des Menschen und das Bewußtsein seiner Bedeutung und Kraft. Je mehr wir im Tiefsten unseres Wesens erschüttert werden, um so mehr beginnen wir zu ahnen, uns und die Welt. Aus der Welt von morgen müssen wir die Bildungsnotwendigkeiten des Heute betrachten, aus dem Wesen des Menschen, das da morgen seine Freiheit haben soll.

Die Menschheit, die da kommt, wie Marx es gekündet hat, sie wird eine künstlerische Seele haben und aus dieser künstlerischen Seele heraus wird es wagen, wird der Mensch schaffend und glau-bend wachsen in die uns heute noch kaum fahbare Größe eines un-geschnittenen und frei sich entfaltenden Menschentums.

Dr. Gustav Hoffmann.

Der Arzt im Kinderwagen

Von Dr. Kurt Kayser.

Gewiß, meine Damen und Herren, er selbst liegt ja nicht drin, aber, Hand aufs Herz, haben Sie schon einmal an einem warmen Frühlingstag oder gar an einem heißen Sommertage ihren Kopf unter das Verdeck eines Kinderwagens gesteckt? Wenn Sie es getan hätten, dann wüßten Sie wohl, was der Arzt im Kinder-wagen zu suchen hat.

Da liegt nun so ein kleines, wehrloses Kerlchen, die eingepackt in weiche Federbetten, so daß von dem ganzen kleinen Wesen kaum mehr als die Nasenspitze zu sehen ist. Der Wagen selbst ist oft ganz und gar mit Wachstum ausgeschlagen — wegen der vermeintlichen Erkältungsgefahr. Das Verdeck ist hochgeklappt — Kleinchen könnte sonst ja „Zug“ bekommen, und dicke Gardinen werden zu allem Ueberflus noch vorgezogen, um gegen die Sonne und die Fliegen den nötigen Schutz zu gewähren. Und dann wundert man sich, wenn so ein armes Würmchen krank wird! —

Wie falsch, wie grunderkehrt ist das alles!

Der Säugling braucht vor allem Luft und Licht. Dazu gehört ein geräumiger Kinderwagen, am besten aus Korbgewebe oder dergleichen. Nie soll der Korb mit Wachstum oder anderen Stoffen ausgeschlagen sein, die keine Luft durchlassen.

Das Lager für den Säugling sei flach; eine harte, mit Koffhaar oder Haferspreu gefüllte Matratze diene als Unterlage. Darauf breite man ein Matratzentuch und ein Stück Billrothbatist, und über dieses ein Baumwolltuch, auf das der Säugling samt seiner Windel gelegt wird. Auch das Kopfissen sei flach und fest und nur mit Haferspreu, Koffhaar oder dergleichen gefüllt. Fort mit den heißen Federbetten! Das Deckbett soll jeweils der Witterung angepaßt und im Winter mit Daunem, Rapod oder dergleichen gefüllt sein, im Sommer genügt eine Wolldecke. So wird man zunächst der für das Kind gefährlichen Wärmestauung wirksam begegnen können.

Gardinen oder Vorhänge müssen so beschaffen sein, daß sie der Luft den Zutritt nicht verwehren, deshalb sind Wachstumverdecke, die hoch geschlagen werden, unbedingt zu vermeiden. Zum Schutz gegen die Fliegen eignet sich am besten ein leichter Gazeschleier.

So vorbereitet darf man den Säugling getrost im Kinderwagen ins Freie bringen.

Aber auch die Auswahl eines geeigneten Standortes für den Kinderwagen verlangt einige hygienische Kenntnisse. Man fahre oder stelle den Kinderwagen nicht auf staubige Straßen und Plätze oder gar in den Konjertgarten. Der Kinderwagen gehört ins Freie, ins Grüne.

Im Herbst und Frühjahr mag man sonnige Stellen aufsuchen, im Sommer aber den Schatten. Leider wird oft aus Bequemlichkeit und Unverständnis gerade hierin zum Schaden der Kinder viel ge-sündigt.

Achtlos wird der Kinderwagen in die Sonne gestellt, während die Mutter oder Kinderpflegerin sich auf eine schattige Bank zu einer ausgiebigen Unterhaltung mit Bekannten niederläßt. Die Sonnen-strahlen fallen bei der Rückenlage des Kindes dann senkrecht in sein Auge, was der Erwachsene, der aufrecht geht oder sitzt, gar nicht be-merkt. Bald sucht der Säugling sich durch Blinzeln oder Schließen der Augen gegen das blendende Sonnenlicht zu schützen. Doch das gelingt gewöhnlich schlecht und schließlich trifft der Sonnenstrahl das ungeschützte Auge. Dann wirkt die im Auge befindliche Linse wie ein Brennglas und schädigt die Netzhaut des kindlichen Auges. Man stelle deshalb nie den Kinderwagen und den darin befindlichen Säugling schutzlos in die Sonne, sondern Sorge stets dafür, daß die Augen des Kindes der direkten Sonneneinstrahlung entzogen werden.

Schließlich vergesse man nicht, den Wagen mit einem Schutzgürtel auszurüsten, den man um den Leib des Kindes schlingt und am besten noch mit Schulterbändern versehen, damit er nicht abgleiten kann. Auf diese Weise werden Kinder, die schon aufstehen können, am sichersten vor dem Herausfallen aus dem Wagen bewahrt.

Die Lebensdauer des Papiergeldes

Jeder Geldschein hat seine eigene Lebensgeschichte. Durch viele Hände ist er hindurchgegangen. Er war neben vielen seiner Kol-legen in der vollgepackten Brieftasche eines Geldmannes oder mit zitternden Händen zusammengefasst im kleinen Portemonnaie einer Arbeiterfrau. Wie im Leben alles vergänglich ist, so ist es auch der Geldschein. Die Reichsbanknoten werden in der Reichs-druckerei nach besonderem Verfahren und aus besonderem Material hergestellt. Dann kommen sie in großen Stößen in die Tresore der Reichsbank, wo sie übernommen, gezählt und gebündelt werden, um von hier aus ihre Wanderung durch das deutsche Wirtschafts-leben zu beginnen. Das Papiergeld dient als Ersatz des in den Kellern der Reichsbank lagernden Goldes. Der Goldbestand der Reichsbank betrug Anfang März rund 2,3 Milliarden Mark. Der Betrag der umlaufenden Noten stellte sich auf 4,2 Milliarden. Die Lebensdauer einer Papiernote ist sehr verschieden. Ein Zehnmars-schein hat ungefähr ein Durchschnittsalter von 2 bis 3 Jahren. Er lebt in dieser Zeit etwa dreimal an seinen Ausgangspunkt, die Reichsbankhauptkasse in Berlin, zurück. Die Zwanzigmarscheine üben im Durchschnitt von drei Jahren ihre Funktion aus, während die Fünzig- und Hunderter 3 1/2 Jahre und die Tausendmarscheine etwa 4 bis 4 1/2 Jahre im Umlauf bleiben. Am Ende ihrer Wan-derung kommen die Geldscheine beschmutzt, eingerießen, abgeriffen, mit Papierstreifen zusammengehalten an die Stelle zurück, wo sie ausgegangen sind. In der Berliner Zentrale der Reichsbank werden sie dann ausortiert, gebündelt und in Beuteln den Lochmaschinen zugeführt, wo sie entwertet werden. Schließlich rollen sie in ver-gitterten Wagen zur Vernichtungsmaschine. Diese Maschine zerlegt die Scheine in ihre Urbestandteile. Sie werden zerrissen und zer-mahlen und verwandelt sich schließlich durch den Zusatz von Heiß-wasser in einen Brei. Die Papierfabriken erhalten schließlich die Rückstände, um sie zu Papapapier oder Kartonpappe zu verarbeiten. Im Jahre 1929 wurden 93 Millionen Banknoten im Werte von 2669 Millionen Mark, und zwar 49 Millionen Zehnmarscheine, 29 Millionen Zwanzigmarscheine, 11 Millionen Fünzig-er, 3,5 Mil-lionen Hundertmarscheine und 91000 Tausendmarscheine ver-nichtet. So endet das Leben eines unter besonderem Verfahren bedruckten Papiers, das durch die Münzhoheit des Staates die besondere Rolle, als Geldschein zu dienen, zugewiesen bekam. Von dem Ausgangspunkt einer Geldnote, dem Versandraum der Reichs-druckerei, bis zu dem vergitterten Kastenwagen, der die Scheine der Vernichtung zuführt, liegt ein kurzer Zeitraum von durchschnitt-lich drei Jahren. Und doch knüpft sich an jeden Geldschein ein Stückchen Lebensgeschichte des Volkes. Wenn jeder Geldschein er-zählen könnte, so würde er das vielgestaltige und bunte Leben einer Nation sehr treffend wiedergeben können. Liebe, Haß, Ver-brechen, Wohlstand, Streit und Zanf spielen sich in bunter Reihen-folge in dem Leben eines Geldscheines ab. Manches Menschen-schicksal wird er beeinflusst haben. Schließlich ist auch das Papier-geld nichts anderes als der Extrakt von geleisteter wertvoller Arbeit; nur schade, daß es jene am wenigsten bekommen, die die volkswirtschaftliche Arbeit geleistet haben.

Wirtschaftsnot und Bücherlesen

Hat die Arbeitslosigkeit unserer Zeit eine Vermehrung des Inter-esses an Büchern gebracht? In England wird dies behauptet. Daß die Buchproduktion im Jahre 1930 in England wesentlich gestiegen ist, wird auf die Arbeitslosigkeit zurückgeführt. Woher mögen die Menschen ohne Arbeit wohl die Mittel für die Bücher genommen haben? Die Steigerung der Benutzung der Bibliotheken in England im Jahre 1930 ist eher ein Beweis für die Zunahme des Interesses, das das Buch jetzt gefunden hat. Wenn man daraus aber drüben gar von einer geistigen Wiedergeburt spricht, die diese Krise im Gefolge haben soll, dann scheint dieses Urteil doch allzu sehr vom grünen Tisch aus gegeben zu sein. Eine geistige Wiede-geburt erfolgt nicht in Zeiten wirtschaftlicher Verzweiflung.

Dennoch sollte der Zusammenhang zwischen Wirtschaftskrise und Bücherlesen vorhanden sein. Die Gewerkschaften bemühen sich über-all, den Arbeitslosen durch Bildungsveranstaltungen einen seelischen Halt zu geben. Auch das Buch sollte da helfen über diese seelischen Nöte der Zeit. Viele der Alten, wir erinnern nur an August Bebel, haben in der „Arbeitslosigkeit“ des Gefängnisses die Muße zur Weiterbildung gefunden, die nachher von weitestlicher Bedeutung für ihr Leben war.

Straßenlärm schlimmer als Löwengebrüll

Die Antilärbewegung hat zur Konstruktion eines Apparates geführt, der den Straßen- und Industrielärm ziffernmäßig erfasst. Die Messungen ergaben, daß Autohupen, Mischhammer, Dampf-bagger, Straßenbahnen und andere Wahrzeichen unseres Zeitalters einen stärkeren Lärm verursachen als Gewitterdonner aus 3 Kilo-meter Entfernung oder Löwengebrüll aus nächster Nähe. 40 d. S. der Autohupen sind geräuschvoller als des Löwen Erwidern und selbst als das Knattern der Mischhammer, obwohl wir dies gefühls-mäßig nicht herausfinden. Das Löwengebrüll löst Schrecken ein, der Straßen- und Industrielärm wird mehr oder weniger gleich-gültig hingenommen. Sehr zu Unrecht! Der Lärm schädigt unsere Gesundheit, obwohl wir dies erst nach längerer Zeit merken. Schwerhörigkeit, Störungen der Herzstätigkeit, Ermüdung und Ueberreizung sind die Folge.

Der Verein Deutscher Ingenieure hat eine wissenschaftliche Arbeitsgemeinschaft unter dem Namen „Fachauschuß für Lärm-minderung“ unter dem Vorsitz von Präsident Pro-fessor Dr. Wagner, Direktor des Heinrich-Hertz-Institutes für Schwingungsforschung, gebildet und bereits in mehreren Sitzungen einen Plan aufgestellt. Das weite Arbeitsgebiet wird betreut von den Arbeitsausschüssen für Physik, Medizin, Bautechnik, Maschinen-technik, Rechtslehre und Verwaltung, Erziehung und Auffklärung und schließlich Finanzierung. Durch diesen Zusammenschluß soll eine Grundlage für die gemeinsame Bearbeitung des Lärmproblems durch Behörden und Vertreter aller an der Lärmbekämpfung inter-essierten Kreise geschaffen werden. Vor allem will der Fachauschuß richtungweisend vorgehen, damit die Technik den Weg der Selbst-hilfe beschreiten kann, um Eingriffen der Behörden vorzubeugen.

Bücher und Zeitschriften

Die Bildhauerei, Abbildungen ausgeführter Arbeiten in Holz und anderem Material sowie von Modellen. Heft 1, Jahrgang 1931, Preis brosch. 3 Mark. Verlagsgesellschaft des deutschen Holzarbeiterverbandes G. m. b. H., Berlin SO 10. Das vorliegende Heft mit seinem Inhalt (Das verlorene Ornament — 22 Ab-bildungen) reiht sich würdig den bisher erschienenen Heften an. Die drucktechnische Aufmachung und ihre Wirkung ist vorzüglich. Ohne Aufdringlichkeit kommt die berechtigende Tendenz gegen die Verkünder der reinen Sachlichkeit durch wagnis-lose Wiedergabe von alten Marmorstatuen, Steinbrunnen, Figuren und Grabmal der Goldhastigkeit, Ornamente und sonstige Plastik zum Ausdruck. Man kann nur den Wunsch hegen, daß die Herausgabe dieser Hefte, die voll künstlerischer An-regungen sind, für die leider so trostlose Praxis der Bildhauerei allgemein, nicht nur beibehalten, sondern in kürzeren Zwischenräumen erfolgen möchte.

Wo bleibt der zweite Mann? — ein Lied! Die Werbeparole der Sozial-demokratie für 1931: „Wo bleibt der zweite Mann?“ ist vertont worden! Zu dem gleichnamigen bekannten Gedicht von „Z u t t“, ein Wortler, hat der Komponist G. M a r z eine markante und flotte Melodie geschrieben, die über bald überall ertönen wird. Die Gesangstimme und Klavierbegleitung sind versehen auf einer Wiederblatt der Werbestadtung der SPD (Berlin SW 68) erschienen und dort oder durch die Volksbuchhandlung zum Preise von 10 Pf. zu beziehen.